Nr. 122. Halle (Saale), Montag, den 26. Mai 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,70 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16100.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 39 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde, werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

Die wirtschaftlichen Bedingungen der Entente.

Die Note der Alliierten.

Versailles, 23. Mai. Die deutsche **Friedensdelegation** hat am 22. Mai abends nachstehende Note erhalten:

Herr Präsident!

1. Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Bericht der durch die deutsche Regierung zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages eingesetzten Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen eine sehr unzureichende Darstellung der Tatsachen zu geben, an gewissen Stellen starke Uebertreibungen aufzuweisen und die grundlegenden Prinzipien zu verkennen, die sich aus den Ursachen des Krieges und aus seinem Ausgang ergeben und welche die aufzuerlegenden Bedingungen erklären und rechtfertigen.

Die verminderte Bevölkerung.

2. Die deutsche Note erklärt einleitend, daß die industriellen Kraftquellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Bedarfes einer Bevölkerung von 67 000 000 Einwohnern nicht genügten; und sie stellt es so dar, als entspräche diese Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftquellen auch in Zukunft weiter sorgen muß. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa 6 000 000 Seelen verringert werden, die zu nichtdeutschen Gebieten gehören und die man zu desannektieren beabsichtigt. Es sind die Bedürfnisse dieser **verminderten Bevölkerung**, die wir berufen sind zu prüfen.

Die Abtretung der Handelsschiffe.

3. Die deutsche Note klagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelstonnage, sowie ein Prioritätsrecht auf seine Schiffsbauten während einer bestimmten Anzahl von Jahren verlangt. Die Note erwähnt jedoch nicht, daß man Deutschland **einen wichtigen Teil** seiner kleinen Handelsschiffe **unversehrt überläßt**. Die Vertreter Deutschlands scheinen vollständig übersehen zu haben, daß das Opfer seiner großen Handelsschiffe die unvermeidlich notwendige **Sühne** bildet, die ihm auferlegt wird, weil es in den letzten zwei Jahren des Krieges allem Brauch und allen Gesetzen zum Hohn einen erbarmungslosen Feldzug gegen die Handelsflotte der Welt geführt hat. Als teilweisen Ersatz der 12 750 000 versenkten Tonnen beabsichtigt man 4 000 000 Tonnen deutscher Schiffe zu übertragen; mit anderen Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, stellen weniger als den dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigender Weise zerstört worden ist. Das Defizit an Handelstonnage der ganzen Welt ist das Ergebnis nicht der Friedensbedingungen, sondern **der Haltung Deutschlands**; man kann sich vernünftigerweise nicht wundern, daß man von Deutschland verlangt, seinen Teil — dieser Teil ist sehr bescheiden — an den Verlusten zu übernehmen, die es durch seine verbrecherischen Handlungen verursacht hat.

Die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

4. Die Note betont nachdrücklichst die Absicht, Deutschland im Osten Gebiete zu entziehen, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber sie bemerkt nicht, daß nichts in dem Friedensvertrag die Fortsetzung dieser Art von Bodenkultur in den betreffenden Gegenden oder **die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland verbietet**. Im Gegenteil ist die **Zollfreiheit** dieser Erzeugnisse aus den Ostgebieten für eine Dauer von drei Jahren vorgesehen, außerdem ist es ein Glück für Deutschland, daß diese Gegenden nichts von ihrer Produktivität infolge von Kriegsverheerungen verloren haben. Sie sind dem entsetzlichen Schicksal entgangen, das die deutschen Armeen den entsprechenden Gebieten Belgiens und Frankreichs im Westen, Polens, Rußlands, Rumäniens und Serbiens im Osten auferlegt haben. Es liegt offenbar **kein Grund** dafür vor, weshalb ihre Erzeugnisse **nicht weiter auf deutschem Gebiet Absatz** finden sollten.

Einfuhr von Phosphaten.

5. In der Note wird besonderer Nachdruck auf die beabsichtigten Einschränkungen betreffend die **Einfuhr von Phosphaten** gelegt. Es wird jedoch außer acht gelassen, daß Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals erzeugt, sondern stets eingeführt hat. Ferner findet sich in dem Wortlaut des Friedensvertrages **keine Bestimmung**, die in Zukunft die Einfuhr von Phosphaten nach Deutschland **verbietet oder verhindert**. Andere Länder, die keine Phosphate erzeugen, sind gleichfalls gezwungen, sie einzuführen, desgleichen viele andere Erzeugnisse, die aus dem Auslande kommen: der Unterschied zwischen den beiden Situationen wird allein gebildet durch den jeweiligen Grad des Reichtums oder der Armut der betreffenden Länder.

Die Abgabe von Kohlen.

6. Die deutsche Note beschwert sich ganz besonders darüber, daß man Deutschland **seine Kohle wegnehme** und behauptet, daß Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der stehenden Kohlengruben verliere, aber sie unterläßt es, zu bemerken, daß **ein Viertel** des deutschen Kohlenverbrauchs vor dem Kriege **in den Gebieten stattfand**, deren Uebertragung jetzt beabsichtigt ist. Außerdem vergißt sie die Erzeugung der Braunkohle zu erwähnen, die für Deutschland jährlich vor dem Kriege 80 Millionen Tonnen betrug, von denen nichts aus diesen übertragenen Gebieten stammt. Es wird auch nicht die Tatsache berücksichtigt, daß die **Kohlenerzeugung** der nicht übertragenen Gebiete vor dem Kriege **rasch stieg**; es besteht kein Grund, zu bezweifeln, daß diese Steigerung sich in Zukunft bei sachgemäßer Ausbeutung fortsetzen wird.

Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich.

7. Aber muß nicht die Kohlenfrage unter anderen und zwar weiteren Gesichtspunkten betrachtet werden? Es darf nicht vergessen werden, daß zu den unberechtigten Verheerungen die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben die fast vollständige Zerstörung der Kohlenschätze in Nordfrankreich zählt. Eine ganze Industrie ist mit Vorbedacht und Wildheit vernichtet worden und es werden Jahre nötig sein, um sie wieder ins Leben zu rufen. Die Folge davon ist ein langwährender und ernster Mangel an Kohle in Westeuropa. Es gibt gerechterweise keinen Grund dafür daß die Folgen dieses Mangels ausschließlich von den alliierten Ländern getragen werden, die die Opfer davon waren, oder dafür, daß Deutschland, welches mutwillig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht im vollen Maße seiner Kräfte ausgleicht.

Die Einfuhr von Eisenerzen und Zinn.

8. Die Note hebt ebenfalls die Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, daß es in Zukunft Eisenerze und Zinn einzuführen genötigt ist. Man versteht nicht, warum Deutschland unter Verhältnissen leiden sollte, denen sich andere Länder gutwillig unterwerfen müssen. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum zu glauben, daß es notwendig ist, die **politische** Souveränität aufzuheben, um sich in einem Lande einen **angemessenen Prozentsatz der Erzeugung zu sichern**, eine solche Anschauung beruht auf keinem wirtschaftlichen oder historischen Gesetz.

Die Zukunft der deutschen Industrie.

9. Die alliierten und assoziierten Mächte können die rein spekulativen Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Die Verhandlungen in Spaa.

Berlin, 24. Mai. Ueber den Verlauf der Verhandlungen in Spaa erfährt W. T. B.: Die Finanzdelegierten werden heute unter Vorsitz Dernburgs in Spaa zur Besprechung technischer Einzelheiten tagen. Bis heute abend werden **die Gegenvorschläge völlig fertig** sein. In den ersten Tagen der nächsten Woche werden die Gegenvorschläge in einer größeren Denkschrift überreicht werden (deutsch, englisch und französisch), in welcher alle Fragen als ein einheitlicher Komplex behandelt werden, welche bisher in Einzelnoten noch nicht erledigt wurden. Zugrunde gelegt ist der Rechtsboden, der sich aus der Lansingnote ergibt. Es wurde versucht, unter Anerkennung der beiderseitigen Bedürfnisse den sicherlich vorhandenen Zwiespalt in den gegnerischen Vorschlägen zu beseitigen, der darin besteht, daß einerseits es Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete unmöglich gemacht werden soll, hochzukommen, und daß andererseits Deutschland die härtesten wirtschaftlichen Auflagen zugemutet werden. Es wurde versucht, in positiven Vorschlägen darzulegen, was Deutschland unter den gegebenen Bedingungen leisten kann, und was nicht, und ferner, daß gewisse Leistungen überhaupt nur möglich sind bei einer gewissen Gemeinsamkeit der Arbeit zwischen den Gegnern und uns. Kabinett und Delegation sind der Ansicht, daß unsere Gegenvorschläge ein brauchbares Instrument zu Verhandlungen, auch zu mündlichen, sind. Andere Fragen sind in Spaa nicht verhandelt worden.

Proteste der Internationale.

Versailles, 23. Mai. Die sozialistischen Blätter Frankreichs bringen Aufrufe der Parteiinstanzen, am kommenden Sonntag zur Erinnerung an die blutige Woche vom Mai 1871 und für soziale Gerechtigkeit und Wiederherstellung der Brüderlichkeit der Menschheit **große Demonstrationen** zu veranstalten. Man erwartet das Zusammenströmen größerer Menschenmassen als am 1. Mai.

Versailles, 23. Mai. Das französische Gewerkschaftsblatt La Bataille spricht dem Genossen **Ledebour** wegen seiner unerschrockenen Haltung auf der Anklagebank seine Verehrung und Bewunderung aus. Journal de Peuple bringt einen in leidenschaftlichem Tone gehaltenen Leitartikel **gegen einen neuen Krieg**, sei es, daß er sich gegen Deutschland, wie gegen Rußland richte.

Chiasso, 24. Mai. Die von der **sozialistischen Partei** in Mailand gegen den Frieden von Versailles veranstaltete **Protestversammlung** nahm bei sehr starker Beteiligung einen eindrucksvollen Verlauf. Die sozialistischen Abgeordneten **Treves** und **Turati** unterzogen den Friedensentwurf der Alliierten einer scharfen Kritik. Er lege den Grundstein zu einem baldigen neuen Krieg. Um diesen zu vermeiden, müsse sich die Internationale geschlossen gegen die Bedingungen erheben. Solche Vergewaltigung und Versklavung des deutschen Proletariats dürfe nicht zugelassen werden.

In einer großen sozialistischen Kundgebung in Mailand verkündete **Ferrari**, wie dem Vorwärts berichtet wird, den

24stündigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder

als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

Betriebsräte und Regierung.

Von **S. Aufhäuser**.

Am 9. und 10. November galten die Arbeiterräte als eine brauchbare Einrichtung, als Träger der revolutionären Arbeiterschaft die neue Volksregierung in den Sattel zu heben. Bald darauf wurden sie eine **unerwünschte Kontrollinstanz**, da der von ihnen eingesetzte Vollzugsrat den unbeugsamen Willen zeigte, mit der Beseitigung Wilhelms II. und seiner Berufskollegen nicht Halt zu machen. Nachdem sich dann inzwischen die Machthaber des Kapitalismus vom ersten Schreck erholt hatten, begann sofort die Hetze **gegen die** Arbeiterräte. Die Sehnsucht nach der Nationalversammlung war das gegebene Mittel, um jene leidigen Revolutionsinstanzen als überflüssig zu erklären. Die Regierungssozialisten fanden in dem Zentralrat der Arbeiterräte den willkommenen Bundesgenossen, der nun sein Mandat darin erblickte die ihm von seinen Auftraggebern übertragene Macht an die Nationalversammlung zu verschenken. Da die Arbeiterschaft diesen „Abschluß“ der Revolution nicht begreifen wollte, sollte sie durch Maschinengewehre, Kanonen, Flammenwerfer und andere Errungenschaften unserer Technik eines Besseren belehrt werden.

Die früheren Arbeiterführer, die sich indes strategisch klug vom inneren Feind losgelöst und nach Weimar zurückgezogen hatten, mußten aber nun erkennen, daß die Arbeiter nicht bereit waren, die Errungenschaften der Revolution preiszugeben. Unter dem Druck der großen Streiks von Mitteldeutschland und Berlin kamen Regierung und Zentralrat plötzlich zu der Erkenntnis, daß sie die Arbeiterräte nicht etwa beseitigen, sondern im Gegenteil „verankern“ müßten. Die Vertretung der Berliner Streikenden erhielt am 5. März in Weimar die Zusicherung, daß „die privatkapitalistische, von der einseitigen Herrschaft des Unternehmertums diktierte Wirtschaftsordnung planmäßig und weise abgebaut und sozialistisch neugeordnet werden sollte“. Am 5. April folgte ein Kabinettsbeschluß, der die Abänderung des § 34 der Reichsverfassung ankündigte. Nun fingen aber die bisher geduldigen **Kopfarbeiter** an, auch ihrerseits zu rebellieren und ein Mitbestimmungsrecht zu fordern. Wiederum versicherte die Regierung, die Wünsche der Angestellten „in kürzester Frist“ verwirklichen zu wollen.

Der **Regierungsentwurf** für die Erfüllung der **beiden** Versprechen liegt jetzt vor. Die Fassung ist in ihren Einzelheiten noch unverbindlich, da sie jetzt erst durch eine Kommission der beteiligten Wirtschaftsverbände durchgearbeitet werden soll, bevor sie an die Nationalversammlung gelangen wird. Es dürfte aber nützlich sein, die Arbeiter und Angestellten wenigstens mit den Grundzügen der beabsichtigten „Verankerung des Rätegedankens“ bekannt zu machen. Das kommende „**Gesetz über Betriebsräte**“ soll einmal die Arbeiter und Angestellten beruhigen, indem es die bisher als ungenügend erachteten Angestellten- und Arbeiterausschüsse ablöst und ein Mitbestimmungsrecht in den Fragen des Arbeiterverhältnisses verheißt. Gleichzeitig aber ist die Umtaufung von „Ausschuß“ in „**Betriebsrat**“ erfolgt, um damit auch die künftige **Ueberflüssigkeit der Arbeiterräte** festzulegen. Auf besondere Anfrage, ob die kommenden Betriebsräte den Ersatz für die bisherigen Betriebsausschüsse und die bisherigen Arbeiterräte bilden sollen, meinte Reichsarbeitsminister **Bauer**, er kenne eben **nur Betriebsräte**. Damit wäre also der Zeitpunkt, in dem durch Gesetz endgültig Schluß mit den Arbeiterräten gemacht werden soll, gekommen. So also sieht die Erfüllung des Regierungsversprechens aus, das gelegentlich des Berliner Generalstreiks der Arbeiterschaft gegeben worden war.

Damit der Schein gewahrt bleibt, hat jedoch die Regierung diesen in „Betriebsrat“ umgetauften Angestellten- und Arbeiterausschüssen auch **wirtschaftliche** Aufgaben zugewiesen, die einen Ausgleich der überflüssig gewordenen Arbeiterräte bilden sollen. Die Betriebsräte würden neben ihren sozialen Aufgaben einen Einfluß auf die Produktion eingeräumt erhalten, der folgendermaßen aussieht:

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe, den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung durch Rat (!) zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung zu sorgen.“

Das Reichsarbeitsamt hätte wenigstens so ehrlich sein und zugeben sollen, daß es **nicht** gewillt ist, den Angestellten und Arbeitern überhaupt **einen Einfluß auf die Produktion** zu geben. Dann hätte es sich darauf beschränken können, die sozialen Aufgaben der sog. Betriebsräte aufzuzählen. Wenn aber mit diesem Gesetz der Anschein erweckt werden soll, als sollten die Arbeiter und Angestellten, wie es in jenem Kabinettsbeschluß so schön hieß, „gleichberechtigt an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken“, so ist das eine glatte Verhöhnung der ganzen Revolution. Bei dem Provisorium im mitteldeutschen Bergbau vom 12. März war vorgesehen:

„Der Betriebsrat sorgt mit der Betriebsleitung für einen möglichst hohen Stand der Produktion ... Es ist auf Wunsch Einblick in **alle** wirtschaftlichen Vorgänge des Betriebes zu gewähren.“

Selbst die damals gewährten bescheidenen Zugeständnisse werden jetzt wieder zunichte gemacht und die Aufgabe der Betriebsräte in wirtschaftlicher Beziehung erschöpft sich darin, den Antreiber zu spielen, um die Arbeitsleistungen zu erhöhen, ohne entscheidenden Einfluß auf Rohstoffverteilung, Beschaffung der Betriebsmittel usw. zu haben. Diese Aufgabe verlegt man in die geplanten **paritätisch** zusammengesetzten Bezirksarbeitsräte und Arbeitsgemeinschaften, in denen die Vertreter des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0001

Großkapitals dazu berufen sein sollen, die Sozialisierung durchzuführen.

Mit dem Aufgehen der Arbeiterräte in diesen famosen Betriebsräten soll, abgesehen von dem mangelhaften Einfluß auf die Gestaltung der Produktion und der Produktionsweise, auch die restlose politische Entrechtung der revolutionären Körperschaften herbeigeführt werden. Man darf aber nicht etwa glauben, daß die Betriebsräte nun in sozialer Hinsicht eine wesentliche Verbesserung der Angestellten- und Arbeiterausschüsse bringen. Der soziale Aufgabenkreis entspricht im wesentlichen denen, die in der Verordnung vom 23. Dezember festgelegt sind. Neu ist lediglich die Gewährung eines Mitbestimmungsrechtes, das aber auch nicht entfernt den Forderungen entspricht, die von der gewerkschaftlich organisierten Angestelltenschaft erhoben worden sind. Das Abkommen in der Metallindustrie, das damals den Ansatz für eine gesetzliche Regelung bilden sollte, ist wörtlich übernommen worden, ohne die damals von den Angestellten bereits festgestellten Mängel auch nur in einem Punkt zu beseitigen. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen soll erst Geltung haben, nachdem der Dienstvertrag bereits getätigt ist. Der Einspruch bei Kündigungen hat nach dem Entwurf rechtlich keine aufschiebende Wirkung. Für fristlose Entlassungen fehlt die Zusicherung des Mitbestimmungsrechtes überhaupt. Zahlreiche Berufsgruppen, wie die Versicherungsangestellten, Brauereiangestellten, die städtischen Angestellten von Berlin u. a., die ihr Mitbestimmungsrecht in Tarifen schon geregelt haben, würden durch die beabsichtigte gesetzliche Regelung eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Vom Mitbestimmungsrecht bei Beförderung, Versetzung und anderen Fragen ist keine Rede. Auch das Wahlrecht erscheint mit der Altersgrenze von 20 Jahren ebenso unannehmbar, wie das Wählbarkeitsalter von 24 Jahren. Selbst in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 war das passive Wahlrecht bereits auf 20 Jahre herabgesetzt, und es bedarf hier keiner Erläuterung, daß die zahlreichen jugendlichen Angestellten und Arbeiter unter 20 Jahren vom aktiven Wahlrecht keinesfalls ausgeschlossen werden können.

So sehr aber einerseits wichtige Grundforderungen der Arbeitnehmer im Entwurf vermißt werden müssen, so finden wir andererseits Bestimmungen, die in keinem Falle zu den Befugnissen des Betriebsrates gehören. Was soll z. B. folgende Bestimmung über den Streik besagen?

> Der Betriebsrat hat in dem Falle, daß erhebliche Teile der Arbeitnehmer eine Arbeitseinstellung wünschen, dafür Sorge zu tragen, daß hierüber eine den Bestimmungen der beteiligten Arbeitnehmervereinigungen entsprechende ordnungsmäßige und geheime Abstimmung stattfindet, an der teilzunehmen allen Arbeitnehmern des Betriebes ermöglicht wird, die an der geplanten Arbeitseinstellung teilnehmen sollen.

Es ist mir nicht bekannt, daß von Arbeitnehmerseite jemals diese Bestimmung gefordert worden ist, vielleicht aber von der Gegenseite! Es kommt dazu, daß auch politische Streiks von dieser Anordnung miterfaßt werden würden.

Die Hoffnung, daß die eingesetzte Kommission den Entwurf im Sinne des Rätegedankens verbessern wird, ist gering, denn mit Ausnahme einiger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in der Konferenz im Reichsarbeitsamt lediglich ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften grundsätzliche Einwendungen gemacht, während Herr Jansson von der Generalkommission die im Entwurf bezeichneten Aufgaben bereits als „ausreichend" erklärt hat. Hoffentlich erkennt die Arbeiterschaft rechtzeitig die Gefahr, die in der Verwirklichung dieser Regierungsabsichten verborgen liegt.

Die Note der Alliierten.

(Fortsetzung von der ersten Seite.)

Note bezüglich der Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen enthält. Diese Betrachtungen erscheinen ihnen als durch offenbare Uebertreibungen gekennzeichnet und entstellt. Die Tatsache wird nicht berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Katastrophe, die der Krieg verursacht hat, sehr ausgedehnt ist und sich sogar auf die ganze Welt erstreckt. Alle Länder werden darunter zu leiden haben. Es gibt keinen Grund dafür, daß Deutschland, das die Schuld am Kriege trägt, nicht ebenfalls darunter leiden soll!

Deutschlands künftige Bevölkerung.

10. Desgleichen kann man, was die künftige Bevölkerung betrifft, den Angaben der deutschen Note keinen Glauben schenken. Ferner versucht diese zu beweisen, daß die Auswanderung aus Deutschland notwendig sein wird, aber daß wenige Länder diese Auswanderer aufnehmen werden. Sie versucht auch nachzuweisen, daß eine Menge von Deutschen in ihr Geburtsland zurückkehren werden, um dort unter Bedingungen zu leben, die man schon jetzt als unerträglich hingestellt hat. Es wäre unrichtig, zuviel Gewicht auf die eine oder die andere dieser Mutmaßungen zu legen.

Deutschland ohne Rohstoffe.

11. Schließlich behauptet die deutsche Note leichtfertig, daß die Friedensbedingungen logischer Weise den Tod mehrerer Millionen Menschen in Deutschland außer denen nach sich ziehen würden, die im Kriege gestorben sind oder die man als Opfer der Blockade hinstellt. Man könnte mit sehr großem Recht den infolge des Krieges durch Deutschland erlittenen Verlusten die noch viel beträchtlicheren Verluste entgegenstellen, die den alliierten Ländern durch Deutschlands Angriff und durch seine Kriegführung zugefügt wurden, Verluste, die unauslöschliche Spuren bei der männlichen Bevölkerung Europas hinterlassen haben. Andererseits beruhen die Zahlen der Verluste, die durch unsere Blockade angeblich verursacht worden sind, auf reinen Hypothesen. Die deutsche Schätzung der künftigen Verluste kann nur dann anerkannt werden, wenn man die Voraussetzungen anerkennt, auf deren Grundlage sie nach der deutschen Behauptung beruhen. Aber diese Voraussetzungen sind vollkommen irrtümlich, es liegt nicht der mindeste Anlaß vor, zu glauben, daß eine Bevölkerung zu dauernder Unfähigkeit verurteilt ist, weil sie in Zukunft Handel mit ihren Nachbarn treiben muß, anstatt selbst das zu erzeugen, was sie bedarf. Ein Land kann gleichzeitig ein großes Industrieland werden und bleiben, ohne selbst die Rohstoffe zu erzeugen, die für seine Hauptindustrien notwendig sind. Das ist z. B. der Fall bei Großbritannien, das mindestens die Hälfte seiner Lebensmittelerzeugnisse und den größten Teil seiner Rohstoffe einführt. Unter diesem neuen Regime kann nichts Deutschland daran hindern, sich eine feste und gedeihliche Stellung in Europa zu verschaffen. Seine Gebiete haben währendd des Krieges weniger gelitten, als die irgend eines anderen kriegführenden europäischen Staates. Sie haben tatsächlich weder Plünderungen noch Verwüstungen erlitten, die unversehrten Kraftquellen, die ihm in Verbindung mit seiner Einfuhr bleiben, müssen seiner Wiederherstellung und seiner Entwicklung genügen.

Die Rüstungseinschränkungen.

12. Die deutsche Antwort berücksichtigt auch nicht die großen Erleichterungen, die Deutschland für seine Wiederherstellungsbestrebungen durch die zwangsweise Einschränkung seiner künftigen militärischen Rüstungen genießen wird. Hunderttausende seiner Einwohner, welche sich bisher entweder in der Vorbereitung des Krieges oder an der Erzeugung von Zerstörungswerkzeugen betätigten, werden nunmehr für friedliche Arbeiten verfügbar sowie für die Entwicklung der industriellen Erzeugung des Landes. Kein anderes Ergebnis könnte dem deutschen Volke mehr Genugtuung verschaffen.

„Nach seinen Kräften bemessen".

13. Aber die erste Bedingung für diese Wiederherstellung scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage erkennt, an deren Schaffung es zum größten Teil beteiligt war. Es muß einsehen, daß es nicht unversehrt bleiben darf. In der ungeheuren Katastrophe, die über die Welt hereingebrochen ist, ist der für Deutschland bestimmte Anteil von den siegreichen Mächten nicht nach Deutschlands Verschulden, sondern nur nach dessen Kräften bemessen worden. Alle Nationen Europas haben Verluste erlitten und werden lange noch Lasten tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Diese Lasten und diese Verluste sind ihnen durch den Angriff Deutschlands auferlegt worden. Es ist gerecht, daß Deutschland, als die Ursache dieses Unglücks, es nach dem vollen Maße seiner Mittel wieder gut mache. Seine Leiden werden nicht aus den Friedensbedingungen entstehen, sondern aus den Handlungen jener, die den Krieg verursacht und verlängert haben. Die Urheber des Krieges können seinen gerechten Folgen nicht entgehen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Clemenceau.

*

Die deutsche Gegenantwort.

Berlin, 26. Mai. (W. T. B.) Gestern hat die deutsche Delegation in Versailles der Entente eine Replik auf die Note Clemenceaus über die Schuld- und Entschädigungsfrage zugehen lassen. Die neue deutsche Note widerlegt laut B. Z. die falsche Bezugnahme auf die Note Lansings vom 5. November 1918 und die Sinnverdrehung des dort verwendeten Wortes „Agression" in der Antwort Clemenceaus. Die deutsche Note gibt Deutschlands Ersatzpflicht an Belgien und Nord-Frankreich zu, stellt aber die gleichen Ersatzansprüche Deutschlands für den Schaden der Hungerblockade fest und bestreitet noch einmal die alleinige Kriegsschuld Deutschlands energisch, indem sie abermals die Untersuchung durch einen internationalen Schiedsgerichtshof fordert.

Deutsche Noten an Clemenceau.

Spaa, 23. Mai. (W. T. B.) Am 22. Mai sind drei deutsche Noten an Clemenceau abgegangen. Die erste beschäftigt sich mit der Entente-Antwort auf die deutsche Note über die Arbeitergesetzgebung und führt u. a. aus: Die deutsche Delegation ist mit den Entente-Regierungen über die Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage nicht einig. Es war die Absicht der deutschen Delegation, den berufenen Vertretern der Arbeiterschaft aller Länder noch während der Friedensverhandlungen Gelegenheit zu geben, in den Fragen des Arbeiterrechts und Arbeiterschutzes selbst das entscheidende Wort zu sprechen, und eine Uebereinstimmung zwischen dem Entente-Friedensentwurf und dem deutschen Vorschlag und den Beschlüssen der Berner Internationalen Gewerkschaftskonferenz herbeizuführen. Der Entente-Entwurf berücksichtigt die Forderungen der Berner Konferenz nach zwei wesentlichen Richtungen nicht. Danach muß die Hälfte der stimmberechtigten Konferenzteilnehmer aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen, während der Entente-Entwurf ihnen nur ein Viertel der Stimmberechtigten zugesteht. Der zweite Unterschied betrifft die Rechtswirksamkeit der Konferenzbeschlüsse. Nach den Berner Beschlüssen sollen aus dem internationalen Parlament der Arbeit internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick der Annahme dieselbe Wirksamkeit wie nationale Gesetze haben. Nach dem Entente-Entwurf können derartige Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt werden, sondern nur Vorschläge oder Entwürfe. Damit entfernt sich der Entente-Entwurf von den Berner Beschlüssen so weit, daß eine Beratung und Beschlußfassung der Arbeiterorganisationen bei den Friedensverhandlungen unbedingt nötig ist, damit beschlossene Mindestforderungen der Arbeiter schon bei Friedensschluß durch die Gesellschaft der Nationen zu internationalem Recht erhoben werden. Hierdurch wird auch das festeste Fundament für den Weltfrieden geschaffen, denn ein ohne Zustimmung der organisierten Arbeiter aller Länder nur von den Regierungen allein geschlossener Vertrag wird der Welt den sozialen Frieden nicht bringen. Die deutsche Delegation wiederholt deshalb ihren Antrag auf Einberufung einer Vertreterkonferenz aller Arbeitergewerkschaften noch während der Friedensverhandlungen. Sollte er wiederum abgelehnt werden, so ist mindestens eine Aeußerung der Führer der Gewerkschaften aller Länder erforderlich.

Die zweite Note besagt u. a.: Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von den Bestimmungen der Ententeregierungen diktiert, das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privateigentum als eine einheitliche Masse zu behandeln, aus der sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsentschädigung befriedigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihr die vorgeschlagene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit dem elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach verschiedenen Richtungen hin im Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwendung deutschen Privateigentums im Auslande läuft auf eine derart weitgehende Konfiskation von Privatbesitz aller Art hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens die Folge sein muß. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich zwischen den beiderseitigen Standpunkten ein Ausgleich finden ließe. Eine Reihe von Bedenken würde schon dadurch beseitigt werden, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerbundes entspricht. Im übrigen wäre allerdings mündliche Beratung der einschlägigen Fragen erforderlich.

Die Saar-Frage vor dem Viererrat.

Versailles, 25. Mai. (W. T. B.) Die Pariser Abendblätter bestätigen die Meldung, denen zufolge der Viererrat einzelne Punkte der Forderungen über das Saarbecken geändert habe. Wie Journal wissen will, hat der Viererrat die Forderung fallen lassen, daß Deutschland den Rückkauf des Saarbeckens in Gold bezahlen soll, falls das nach 15 Jahren stattfindende Plebiszit zugunsten Deutschlands ausfallen sollte. Die neue Fassung sieht vor, daß Deutschland sein Rückkaufsrecht auch durch andere Bürgschaften geltend machen kann. Der Viererrat machte diese Konzessionen besonders im Hinblick auf den Umstand, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung des Saarbeckens verletzt worden wäre, falls sie sich im Plebiszit für Deutschland entschieden haben würde, aber Deutschland den Rückkauf in Gold nicht hätte vornehmen können, und daß Saarbecken in diesem Falle nach sechs Monaten ohne weiteres Frankreich zugefallen wäre, wie dies in der ursprünglichen Fassung festgesetzt war. Das Blatt erwähnt, daß die Antwort Clemenceaus auf Brockdorff-Rantzaus Note über das Saarbecken im Laufe des heutigen Tages der deutschen Friedensdelegation zugestellt wird.

Paris, 24. Mai. (Reuter.) Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note über die Saarfrage ist aufgesetzt und wird Clemenceau heute abend zur Unterschrift übergeben werden.

Ein amerikanischer Protest.

Das Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation Bullitts ist bekanntlich zurückgetreten. Er hat in einem Brief an den Präsidenten Wilson seinen Rücktritt begründet. Dieser Brief ist zugleich ein scharfer Protest gegen den Gewaltfrieden. Er lautet:

„Mein lieber Präsident!

Ich habe dem Staatsdepartement heute meine Entlassung als Mitarbeiter bei der amerikanischen Friedenskommission eingereicht. Ich bin einer der Millionen, der rückhaltlos Ihrer Führerschaft vertraute und glaubte, Sie wollten nichts Geringeres, als den dauernden Frieden erreichen, und das auf der Basis einer selbstlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, die leidenden Völker der Welt neuen Unterdrückungen und Zerstückelungsangriffen auszusetzen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ich kann mich nicht mehr davon überzeugen, daß die jetzige Regierung auf dem Wege zum Ziele einer „neuen Weltordnung" tatsächliche Arbeit geleistet hat. Rußlands ausgesprochener Beweis von gutem Willen ist unverstanden verhallt. Ungerechte Entschlüsse, wie die von Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, Saarbecken und die Preisgabe wichtiger Freiheiten führen unweigerlich zu neuen Konflikten. Meiner festen Ueberzeugung nach ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbundentwurf viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Die Vereinigten Staaten werden als Partner des Völkerbundes und durch das enge Einverständnis mit Frankreich in diese Konflikte verwickelt werden. Daher ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten ihres Volkes und dem der Menschheit die Unterschrift und die Ratifikation des ungerechten Vertrages durch Nichtbeitritt zu dem Völkerbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzu bekannt, daß Sie sich selber den meisten der ungerechten Abmachungen widersetzten, und daß sie ihnen nur unter dem stärksten Drucke beipflichteten. Trotzdem geht meine Ueberzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen wäre und diese Sie in die Lage versetzt hätte, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären. Und so wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Weltordnung auf der breiten Grundlage allgemein gültiger Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu errichten. In Wahrheit kämpften Sie für unseren Untergang, und es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen in die Millionen hatten, die bei allen Nationen der Welt so dachten wie ich.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung

Bullitts, Präsident."

An das arbeitende Volk Rußlands.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit großer Freude den brüderlichen Gruß der revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands empfangen, den der Volkskommissar des Auswärtigen, Genosse Tschitscherin, den deutschen arbeitenden Massen im Ansicht der von der Entente dem deutschen Volk zugemuteten Friedensbedingungen zugesandt hat.

Wir sind davon durchdrungen, daß ebensowenig wie der Gewaltfriede von Brest-Litowsk so auch der Versailler Friede von Bestand sein wird.

Wir sind überzeugt davon, daß die unaufhaltsam wachsende Solidarität der Arbeiter aller Länder das deutsche arbeitende Volk und die gesamte Menschheit aus den Fesseln des Imperialismus befreien wird.

**Die Parteileitung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Polnische Schreckensherrschaft in Galizien.

Berlin, 25. Mai. (W. T. B.) Die ukrainische Gesandtschaft teilt mit: Die Polen haben in Ostgalizien das Standrecht verhängt. In den durch polnische Truppen besetzten Gegenden wütet eine Schreckensherrschaft ohne Gleichen gegen Ukrainer und Juden. Die aus Mitteln der Entente ausgerüstete Armee Haller hat sogenannte Strafabteilungen gebildet, welche hinter den Fronttruppen die ukrainische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, welche sich dem polnischen Imperialismus nicht unterwerfen will, strafen sollen. Die ukrainische Intelligenz wird zu hunderten rücksichtslos verhaftet und festgesetzt. Nach verläßlichen Berichten aus Sambor sind viele Ukrainer, Intelligenz wie Bauern, von diesen Strafkompagnien standrechtlich erschossen worden. Jede Zusammenkunft wird unterdrückt, selbst Kirchen gesperrt und die Priester verhaftet.

Der weiße Terror in Ungarn.

Budapest, 24. Mai. (W. T. B.) Der Pester Lloyd meldet: Unter dem Schutze der Ententearmee wüte in Szegedin seit Wochen der weiße Terror. Bluttribunale seien eingesetzt, die mit beispielloser Grausamkeit gegen die Anhänger der sozialistischen Ideen vorgingen; so sei ein Mitglied des Szegediner Direktoriums zum Tode durch Erschießen, ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. Dies alles geschehe mit Billigung des Kommandanten der französischen Besatzungstruppen. Das Blatt ist überzeugt, daß die französische sozialistische Partei hiervon keine Kenntnis habe.

Was geht in der Pfalz vor.

Am Freitag hat der Ministerpräsident Hoffmann im bayerischen Landtage auf Grund einer Meldung aus der Pfalz mitgeteilt, daß die Umtriebe, die auf Errichtung einer neutralen Republik Pfalz abzielen, unter dem Schutz Frankreichs andauern. Er teilte weiter mit:

Die vier Führer der 21 Landauer Herren, welche am Sonntag die selbständige Republik Pfalz auszurufen versucht haben, dann von den deutschen Gerichtsbehörden verhaftet und auf Veranlassung der französischen Behörde wieder freigelassen worden sind, sind der Nahrungsmittelchemiker Dr. Haaß, der Holzhändler Ferdinand Schenk, der Architekt Müller und der Teppichhändler Hofer, sämtlich aus Landau.

Das Belastungsmaterial, das den französischen Behörden wieder ausgehändigt werden mußte, gibt die Ansprache bekannt, welche der Chemiker Dr. Haaß an die Beamten der pfälzischen Regierung zu halten beabsichtigte in dem Augenblick, wo die Republik Pfalz ausgerufen worden wäre. Sie lautet:

Meine Herren! Im Namen des Pfälzer Volkes habe ich heute die Pfalz als selbständige neutrale Republik erklärt. Herr von Winterstein, der sich dem Willen des Volkes entgegensetzte ist seiner Stellung als Regierungspräsident enthoben und verläßt heute die Pfalz. Ich habe heute die vorläufige Wahrnehmung der Geschäfte eines Präsidenten übernommen. An Sie, meine Herren, richte ich die Frage, ob Sie in dem neugegründeten Staat ihre Aemter beibehalten wollen und sich der schwierigen Aufgabe der Neuorganisation der Regierung unterziehen wollen. **Die Pfalz als neutrale selbständige Republik ist bereits von der französischen Besatzungsbehörde — General Gérard — anerkannt** worden und wird als solche geschützt und unterstützt werden. Die Art der Regierung und Verwaltung des Landes wird vorläufig nicht geändert werden. Alle Beamten, die sich auf den Standpunkt der neuen Regierung stellen, sollen im Amte bleiben. Für Beamte, die nicht loyal der neuen Regierung gegenüberstehen und derselben entgegenstehen, wird kein Platz mehr im Lande sein. Ich bitte die Herren, die Erklärung hierüber abzugeben.

Der Ministerpräsident fügte dieser Mitteilung hinzu, daß es, wie überall, so auch in der Pfalz, Lumpen gebe, die das **Vaterland verkaufen und verraten.** (Sehr richtig!) Gegen die **Vergewaltigung der Pfalz** und der Beamten der Regierung durch die Franzosen, legen wir in Spaa schärfsten Protest ein. Der tapferen Bevölkerung und den treuen Beamten sprechen wir Dank, den Verrätern an Volk und Land Verachtung aus.

Der Präsident des Landtags, Schmidt, brachte hierauf zum Ausdruck, daß der Landtag die hier geäußerte Auffassung der Staatsregierung einmütig teilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0002

In der Sonnabend-Nummer der bayerischen Staatszeitung wird folgende Erklärung der Regierung veröffentlicht:

Die Bestrebungen auf Abtrennung der Pfalz von Bayern und Deutschland dauern nach gestern eingetroffenen Mitteilungen an. Beamte, die sich gegen die Ausrufung einer pfälzischen Republik wehrten, wurden verhaftet oder mit Amtsentsetzung bedroht. Das Gesamtministerium hat den pfälzischen Behörden erklärt, daß die Regierung allen treubleibenden Beamten im Falle feindlicher Amtsentsetzung ihre gegenüber dem bayerischen Staate erworbenen Rechte voll gewährleistet. Weitere Maßnahmen zum Schutze der Pfalz sind eingeleitet.

Eine Versammlung der Vertreter der Pfalz, die auf Berufung des Regierungspräsidenten am 18. in Speyer zusammentrat, nahm eine Entschließung an, in der mit größter Entschiedenheit die unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland betont und die zuversichtliche Hoffnung auf eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen ausgesprochen wird. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt bleiben solle oder nicht, sei eine reininnerliche Angelegenheit. Ueber den Verlauf dieser Speyerer Versammlung durfte die pfälzische Presse nichts veröffentlichen.

Die „Landauer Einundzwanzig" haben am Tage darauf ein Flugblatt im Sinne ihrer Bestrebungen zu verbreiten gesucht, das von den deutschen Behörden beschlagnahmt, von den französischen Behörden aber später freigegeben wurde. Die deutschen Beamten, die die Beschlagnahme verfügt hatten, sind verhaftet worden.

•

Eine Protestnote Erzbergers.

Berlin, 25. Mai. (W. T. B.) In Ergänzung des bereits gemeldeten Protestes vom 23. Mai gegen die beabsichtigte Proklamierung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger heute ein Telegramm an General Nudant gerichtet, in dem es zum Schlusse heißt:

Die deutsche Regierung erhebt gegen das Vorgehen des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz erneut schärfsten und feierlichen Protest. Die deutsche Regierung kann nicht annehmen, daß in dem Zeitpunkt, da in Versailles die Bevollmächtigten der deutschen Regierung und der alliierten und assoziierten Regierungen zwecks Herbeiführung des Friedensschlusses zusammengetreten sind, ein offenkundiger Rechtsbruch und eine flagrante Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, als welches das Vorgehen des Generals Gérard bezeichnet werden muß, mit Billigung des Höchstkommandierenden der alliierten Streitkräfte, Marschalls Foch, und mit Billigung der französischen Regierung erfolgt. Die deutsche Regierung glaubt daher schon jetzt nicht ohne Erfolg an die von allen Völkern und Staaten gebilligten Grundsätzen des künftigen Völkerbundes und der Gerechtigkeit, wie der internationalen Moral, appellieren zu können, indem sie die sofortige Abberufung des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz und die sofortige Rückgängigmachung seiner Vergewaltigungsmaßregeln erwartet.

Bis 5000 Mark Einkommen steuerfrei in England.

Das englische Unterhaus hat anläßlich der gesetzlichen Neuregelung der Einkommensteuer einen Antrag angenommen, daß alle Einkommen unter 250 Pfund, gleich 5000 Mark, steuerfrei bleiben müssen, soweit sie auf dem Arbeitseinkommen beruhen.

Der Preußischen Landesversammlung liegt ein Antrag der Unabhängigen vor, der ebenfalls die Heraufsetzung der steuerfreien Einkommen auf 5000 Mk. verlangt. Ob er hier auch angenommen wird?

Noskegarden gegen Kriegsbeschädigte.

Die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer der in den Spandauer Heeresbetrieben Beschäftigten hatten am Freitag nachmittag eine Massenversammlung nach dem Lustgarten in Berlin einberufen. Kurz vor 2 Uhr erschienen Noskegarden, sperrten alle Zugänge zum Lustgarten ab, besetzten die Nebenstraßen und ließen niemand mehr passieren. Selbst die Straßenbahnen durften nicht weiterfahren. Die Redner wurden am Sprechen gehindert, die Versammlung für aufgelöst erklärt und die Anwesenden aufgefordert, sofort auseinanderzugehen.

Ein Zug von Kriegsinvaliden, denen der Zutritt zum Lustgarten verwehrt war, setzte sich nach den Linden zu in Bewegung. Es war ein tieferschütterndes Bild. Stumm zogen sie, unter Vorantragung von Schildern mit Aufschriften: **„Wir wollen Arbeit und Brot," „Wir haben ein Recht auf Arbeit,"** dahin. Auch Schilder, auf denen Kriegsbeschädigte, wie man sie jetzt überall sieht, mit dem Leierkasten und als Händler abgebildet waren, mit der Unterschrift: **„Das ist der Dank des Vaterlandes,"** illustrierten trefflich das Elend der Demonstranten. Als sie sich der Wilhelmstraße näherten, überholten die Lastautomobile mit Truppen den Zug, sperrten die Straßen und begannen eine blinde Schießerei. **Schreie ertönten. Einige Kriegsbeschädigte bekamen Krampfanfälle, andere fielen in Ohnmacht.** Ungeheure Empörung, auch unter dem bürgerlichen Publikum, brach sich Luft. Ein Trupp zog nach einer Nebenstraße, wo sie sich um die Genossin Luise Zietz scharten, die von einer Droschke herab mit wenigen Worten ihrer Empörung über das Mitangesehene Ausdruck gab. Doch kaum hatte sie zu reden begonnen, als auch schon von zwei Seiten die von Truppen besetzten Automobile heranrasten. Genossin Zietz brachte noch ein Hoch auf die Weltrevolution aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Dann zerstreute sich die Menge.

Während sich dies abspielte, erklangen aus der benachbarten Universität aus Studentenkehlen von einer Musikkapelle begleitet, patriotische Lieder: **„Deutschland, Deutschland über alles!", „Heil dir im Siegerkranz".** — Welch herrliche Zeiten in der „sozialistischen Republik". Deutschland unter der glorreichen Regierung Cäsar-Noske I.!

Kurssturz der Kriegsanleihen.

Die Tägliche Rundschau hält sich mit einem Male für berufen, die Anleihepolitik, die in den 4½ Kriegsjahren von den Kriegsenthusiasten so über das Schellendaus gelobt wurde, einer Kritik zu unterziehen:

„Es zeigt sich jetzt mit erschreckender Deutlichkeit, auf welch falschem Wege wir gewandelt sind, indem die Reichsregierung die Finanzierung des Krieges fast ausschließlich durch Inanspruchnahme von Krediten durchführte, von rechtzeitigen Steuermaßnahmen absah und den Kriegsgewinnlern Gelegenheit bot, ihr Säckchen ins Trockene zu bringen. Jetzt büßt unser ganzes Volk die Vertrauensseligkeit, mit der es in vaterländischer Opferwilligkeit dem Reiche 98,8 Milliarden Mark durch Uebernahme von Kriegsanleihen und Schatzanweisungen zur Verfügung stellte. Bis auf den letzten Blutstropfen sind Hunderttausende von Sparern und kleinen Kapitalisten durch eine Finanzpolitik ausgepreßt worden, deren Verfehltheit von ihren Urhebern noch bis in die jüngste Zeit trotz scharfer Kritik, die oft an ihr geübt wurde, nicht erkannt oder wenigstens nicht zugegeben worden ist."

Zu spät kommt diese Einsicht. Als sie das Unheil noch mildern konnte, las man es ganz anders. Die Einkehr zur „Vernunft" hat natürlich ihre Gründe. Der Kurs der Anleihen ist um 23 Prozent, also fast um ein Viertel des Nominalwertes, zurückgegangen. So etwas schmerzt. Da wird die Hilfe der Regierung angerufen. Die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung stellt die Anfrage, wie die Regierung der weiteren Entwertung der Kriegsanleihe entgegenwirken will. So wie die Dinge jetzt liegen, wird die Regierung auch weitere Kursstürze kaum nennenswert aufhalten können. Versuche nach dieser Richtung sind von der Regierung und den sonstigen „maßgebenden Instanzen" genug unternommen worden.

Die Opposition bei den Rechtssozialisten.

Die Politik der Ebert-Scheidemann-Noske ist keine sozialistische. Das sagen nicht nur wir allein, sondern auch in weiten Kreisen der Rechtssozialisten nimmt diese Anschauung immer mehr überhand. Vernehmen wir die Resolution, die dieser Tage von einer Generalversammlung des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Generalversammlung des 10. Kreises **mißbilligt aufs schärfste eine Politik,** die nicht geeignet ist, eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen. Maßnahmen **der Reichsregierung und namentlich auch der sächsischen Regierung lassen nicht erkennen, daß die deutsche Arbeiterschaft vor sechs Monaten eine siegreiche Revolution durchgeführt hat.** Eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien kann aber nur erfolgen, wenn von seiten der Mehrheitspartei eine **radikalere Politik befolgt wird. Die fortgesetzte ängstliche Rücksichtnahme gegenüber dem Bürgertum,** die man gemeinhin als Generals- und Geheimratspolitik bezeichnet, muß aufhören. Wir fordern demgegenüber eine Politik, die erkennen läßt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Macht an sich genommen hat, eine Politik, die allein geeignet ist, eine Einigung der sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen. Die Verwirklichung dieser Forderung darf nicht scheitern an dem **Widerstande einzelner Führer,** die zu beseitigen sind, wenn sie dem Interesse der Gesamtpartei entgegenstehen."

Ob sich wohl die Führer die Beschlüsse sehr zu Herzen nehmen werden? Wir glauben kaum. Sie haben noch einen großen Stab von Leuten um sich — wir denken nur an die Gewerkschaftsführer —, die nach allen Regeln der Kunst den Arbeitern beweisen wollen, daß die Regierungspolitik die richtige ist. Leider glaubt noch ein großer Teil daran. Begreifen können wir freilich diejenigen nicht, die immer wieder so weit abrücken von einer Scheidemannpolitik und doch dort bleiben, weshalb sie auch die Verantwortung für dieses unsozialistische Verhalten mit übernehmen müssen.

Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter

hat sich nunmehr fast über den ganzen Direktionsbezirk Königsberg ausgebreitet und ruft schwere Hemmungen im Verkehr und Wirtschaftsleben hervor. Abordnungen der aufständischen Arbeiter haben sich nach Berlin begeben, um beim Minister ihre Forderungen zu vertreten.

„Gebt uns einen Kaiser wieder!"

So ruft fehlentlich die Post. Im November 1918 habe das deutsche Volk, „vom Hunger zermürbt und durch die demagogische Phrase der sozialistischen und demokratischen Drahtzieher verwirrt," den Kaiser zum Rücktritt gezwungen. Jetzt sehe man allmählich ein, wie verkehrt dies gewesen sei. Wenn die heutige Regierung ehrlich wäre, meint das Blatt, müßte sie auch den Mut haben, zu bekennen: „Wir haben ein schweres Unrecht getan, als wir den deutschen Kaiser und die deutschen Fürsten zur Abdankung zwangen. . . . Wir bekennen unsere Schuld und sind bereit, sie zu sühnen." „Und wenn dann das deutsche Volk einen deutschen Kaiser erhielte, damit er sich an die Spitze stellte gegen den alten Erbfeind, dann würden es sich gewiß unsere Feinde überlegen, ob sie ihre wahnwitzigen Forderungen aufrechterhalten sollten."

Das muß man den Leuten der Post lassen: An Unverfrorenheit fehlt es ihnen nicht. Aber ihren Kaiser werden sie trotz alledem nicht bekommen, ganz gleich, ob sie an Noske oder ihren geliebten Wilhelm denken.

Blaue Bohnen statt Brot!

Mährisch-Ostrau, 24. Mai. (Meldung des Tschechoslowakischen Preßbureaus.) In Bielitz-Biala streiken am Mittwoch 6000 Arbeiter in verschiedenen Fabriken die Arbeit ein, weil infolge ungenügender Mehlzufuhr kein Brot für diese Woche verteilt wurde. Die Demonstranten plünderten in Biala ein Lebensmittelmagazin. Truppen und Gendarmen gaben eine Salve ab, wobei eine Frau und zwei Männer getötet, 16 Personen verwundet wurden.

Für regierungssozialistisch-bürgerlichen Mischmasch. Der Landesparteitag der bayerischen Scheidemänner in Nürnberg stimmte mit 217 gegen 41 Stimmen dem Antrage des Ministeriums Hoffmann auf Bildung eines Koalitionsministeriums zu.

Rechtssozialistische Fürstendiener.

Die „Taten" der Regierung Ebert-Scheidemann, die blutige Gewaltherrschaft des Gewaltmenschen Noske, seine Wiederaufrichtung des alten Militarismus usw. sprechen laut und anklagend für den Verrat der rechtssozialistischen „Führer" an der Revolution und am Sozialismus. Von wirklich sozialistischem Denken und Handeln ist bei diesen Nutznießern der Ludendorffschen Kriegspolitik und der Revolution, die heute nur noch um ihre Ministersessel krampfhaft besorgt sind, schon längst keine Rede mehr. Zu diesen Wackeren gehört auch der hessische Staatsminister „Genosse" Ulrich. Ueber seine neueste „sozialistische" Glanzleistung erfährt man aus der rechtssozialistischen Frankfurter Volksstimme das Folgende:

Die hessische Volkskammer hat bekanntlich am 6. Mai dem von der Revolution abgesetzten Großherzog von Hessen außer den Schlössern Wolfsgarten und Nonrod, dem Neuen Palais in Darmstadt und dem Dominialgrundstück von Schloß Kranichstein 10 Millionen Mark in vierprozentigen Schuldbuchforderungen als Gegenleistung für die Abtretung der Domänen, für die der Großherzog Privateigentumsrecht geltend machte, durch Annahme der Regierungsvorlage in wiederholter Abstimmung zugesprochen. **Dafür stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion,** von der bei der ersten Abstimmung am 30. April drei Mitglieder gegen die Vorlage stimmten. Gegen die Haltung unserer Genossen in der Regierung und der Fraktion wurde in einem Artikel und in Zuschriften im Offenbacher Parteiblatte gemeckert. Nun ergreift der hessische Staatsminister „Genosse" Ulrich das Wort, um seinen Standpunkt zu rechtfertigen.

Er führt ins Feld, die Revolution habe das Privateigentum unangetastet gelassen. Dadurch habe der Großherzog dasselbe Recht wie jeder andere Bürger, nämlich sein Privateigentum, zu dem zwei Drittel sämtlicher Domänen des Landes gehören, unangetastet zu sehen. Nach Anhörung verschiedener Staatsrechtslehrer sei die Regierung zu dieser Stellung gekommen. Der Großherzog habe 800 000 Mark jährliche Abfindung beansprucht, wobei der Wert der fraglichen Domänen auf über 200 Millionen Mark veranschlagt war. Der Vergleich mit dem Großherzog sei kein magerer zu nennen. Ein Prozeß hätte wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Die Regierung wollte den mehr als ein Jahrhundert alten Streit endlich „zugunsten des Landes" aus der Welt schaffen. Schon am 13. Februar 1913 habe er der Vereinbarung das Wort geredet. Er sei also der Alte geblieben.

Ein Teilnehmer der Revolution in Darmstadt teilt uns (der Frkf. Volksstimme) mit, daß die Beauftragten der Revolution in Darmstadt die Beschlagnahme sämtlicher Domänen durch die hessische Republik verkündet haben. Von einer Abfindung oder von einer Anerkennung der Domänen als Privateigentum war nicht die Rede. Diese hätten schon 1870 als Staatseigentum erklärt werden müssen. Bei einem Prozeß würde der Nachweis verdammt schwer fallen, daß der Erwerb der Güter völlig einwandfrei vonstatten gegangen sei. Das Offenbacher Parteiblatt verhöhnt die Prozeßsucht der hessischen Regierung, indem es sagt, den Prozeß könne die Regierung jetzt nicht mehr verlieren, jedoch es fürchte, daß sie etwas viel, viel Kostbareres verloren hat: **das Vertrauen des hessischen Volkes!** Uebrigens handle es sich nicht um Privateigentum des Großherzogs, sondern um das Familieneigentum der Brabanter. Gegenüber Ulrichs Beteuerung, er sei der Alte geblieben, befürchtet das Parteiblatt, Ulrich sei nur zu sehr der Alte geblieben. Gewiß, derselbe „Alte", der am 29. November 1906 der Glückwunschadresse der Zweiten Kammer anläßlich der Geburt des hessischen Thronfolgers zugestimmt hat!

•

Ein Parteigenosse aus Vilbel schreibt der Frkf. Volksstimme noch: Unglaublich und in weiten Kreisen der Bevölkerung des Hessenlandes nicht im geringsten von freudenerregender Begeisterung erscheint uns der Beschluß der hessischen Volkskammer, wonach man dem ehemaligen Großherzog neben mehreren Vergünstigungen noch eine Abfindungssumme von 10 Millionen Mark gibt. Eine Entrüstung steigt in jedem Proletarierherzen auf, wenn eine aus 31 Mitgliedern zählende sozialdemokratische Fraktion diesem Antrage zustimmt in einer Zeit, wo wir dem Großgrundbesitz sowie dem Kapitalismus ernsthaft zu Leibe rücken wollen. Muß der frühere Throninhaber (dem persönlich schließlich nichts nachzusagen ist) auch noch aus der Revolution ein Geschäft machen? . . . .

Für solche Vertretung der Allgemeininteressen danken wir bestens. In solchen Fällen gibt's nur noch eine Losung: Herunter von den verführerischen Ministersesseln!

In der Tat: die regierungssozialistischen „Führer" vom Schlage der Ulrich und Konsorten sind ganz die Alten geblieben, die sie immer waren: echte und richtige sozialdemokratische Spießbürger!

Herren-Anzüge

Sportanzüge, Lüster- u. Loden-Joppen, Paletots, Westen, Hosen,

Jünglings-Anzüge, Kinder-Anzüge, Wasch-Blusen

1325 in grosser Auswahl.

Riesenauswahl in Strohhüten. Weiche u. steife Hüte, Krawatten, Handschuhe, Strümpfe, Stöcke usw.

Endepols & Dunker

Grosse Ulrichstrasse 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0003

Orpheum 12 Steinweg 12. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Verlängert bis Donnerstag, den 29. Mai 1919.

Täglich 3, ½5, 6, ½8, 9 Uhr.

Walhalla-Operetten-Theater.
½8. Noch 4 Tage. 1346
Himmelfahrt Abschiedsvorstellung:
Der Zigeunerprimas.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Stadttheater.
Dienstag, den 27. Mai 1919, Anfang 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Bürger als Edelmann.
Komödie m. Täng. v. Molière. Musik von Rich. Strauß.
Mittwoch: **Aida.** 1351

Bad Wittekind.
Dienstag, den 27. Mai 1919, nachm. 3½ Uhr:
Kur-Konzert,
ausgeführt von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt. *905
Eintrittspreise:
Für Erwachsene 60 Pfg.
„ Kinder . . 40 „
Dauerkart. haben Gültigkeit.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Roßhaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 1335
Pelz- und Fellhandlung.
Rannischestr. 1. Tel. 1647.

Fernruf U.T 5738.

Alte Promenade 11.
Täglich: 1338
„Das Tagebuch einer Verlorenen.
Von einer Toten.
Nach dem Aufsehen erregenden Roman von Margarete Böhme. 1 Vorspiel u. 5 Akte.
Hauptrollen:
Erna Morena :: Werner Krauss
Reinhold Schünzel :: Conrad Veidt.
Zeiten: 4.00 6.10 8.30
Der Roman: „Das Tagebuch einer Verlorenen" ist an den Kassen und Kleiderablagen erhältlich.

Das **Millionenerbe**
Lustspiel in 3 Akten.
U.T
Leipzigerstraße 88
Maria Fein
in dem interessanten Drama:
Die Feste des Herzogs von Ferrara
4 Akt. Blendende Ausstattung.
Vorführung: 4.50 7.00 9.30 Uhr.
Wetter-Woche Nr. 21.
1332

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Apollo-Theater.
Nur noch bis einschl. Sonnabend
Beckers Gastspiel:
Fliegentüten-Heinrichs Glück.
Im 2. Akte als Einlage:
Paul Beckers mit dem Schlager:
Heinrichs Umzug.
Vorverkauf 9-1 u. 5-½7.

„Die Unbekannte."
Antikirchliche, aber wahre, unumstößliche, vollkommene Lehre der Bibel, wie diese darin selbst gefordert wird, die aber bis heute noch von allen Pastoren usw. vergewaltigt wurde, versend. kostenlos (5 Pf. f. Porto erwünscht)
R. Klemm, Halle (S.),
1329 Böllbergerweg 63.

Die billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer 1304 in
Einlegesohlen Schuh-Creme Senkel etc.
bei
Paul Andersch
Lederhdlg. Magdeb. Str. 8

Chaiselongue, Kinderwagen billig zu verkaufen. 1336
Große Gosenstr. 12, part.

Oberpollinger
Täglich: Kurt Frankes Künstler-Ensemble.
Morgen von 6 Uhr an: 1334
Grosser Hausball.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Versäumen Sie nicht das erstklassige 1296
urkomische Varieté-Programm
und die urkomische Burleske anzusehen.
Grösster Betrieb am Platze.

Tanzkursus Preßlers Berg
Liebenauerstraße 4.
Uebungsstunden jeden Dienstag und Freitag.
Herren und Damen werden zum Kursus mit angenommen. *298
Fritz Schnockenburger.

E. Kramers Konzerthaus,
Delitzscherstrasse 2. 1142
Täglich Konzert
von erstklassiger Damen-Kapelle.

Thalia-Säle
Ab Montag bis Sonntag, täglich:

Die Geschichte einer Gefallenen.

In der Hauptrolle: **Lya Mara.** Regie: **Friedrich Zelnik.**
1344
nach dem gleichnamigen weltberühmten Roman **„Margarete"** von Freifrau Maria von Ebner-Eschenbach, in 6 Akten.
Gesangseinlagen von Opernsängerin Alice v. Boer-Gruselli.
Rezitatorische Einlagen von Schausp. Erich Nieve.
Wegen Krankheit tritt Lya Mara erst am Donnerstag ein und tanzt indisch als Lieblingsfrau des Maharadscha, Rose von Dschinnder c im Schleiergewand.
Billetts im Vorverkauf an der Theaterkasse
Die Vorstellungen beginnen um 4, 6½ und 9 Uhr. :: :: Geschlossene Vorstellung.

Kaninchenfelle
zum Zurichten und Färben nimmt an 845
Volkrian, Böllbergerweg 7 II.
Auf Wunsch k. u. Abholen auch auswärts.

Kreuzschnäbel 2 Brief 35. Brief
vernichtet **Louisol** Flach 1.15 gerühmt
Dauer 2.15 Mark, mit Post gesichert, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, sende man an Hoopharm, Hannover 46.

Reparaturen 189 an
:: **Uhren** ::
Aben. bei sollder Ausführung zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher, Kl. Klausstr. 18 (dicht am Markt), Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße)

Handleiterwagen
verkauft Göbenstr. 22, Hof. Wiederverkäufer Rab. [1062

U. S. P. D. 1338
Ammendorf, Radewell, Osendorf, Burg und Planena.
Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in der Brothauschenke zu Ammendorf:
Mitglieder-Versammlung.
Da sehr wichtige Punkte zu erledigen sind, müssen alle Genossen und Genossinnen erscheinen. Die Funktionäre müssen ½8 Uhr erscheinen. Der Distriktsleiter.

Landsberg und Umgegend.
Donnerstag, den 29. Mai, nachmittags 2 Uhr:
Gemeinschaftlicher Ausflug.
*902 Antritt ½2 Uhr im Pettau.
Alle Partei- und Verbandsmitglieder, besonders die Landarbeiter, wollen pünktlich und zahlreich erscheinen.
Ortsverein Landsberg (U. S. P. D.).

Schmitz-Bonn's Wasch- u. Bleichhülfe
vom R. A. genehmigt, gibt
blütenweisse Wäsche
ohne sie im geringsten anzugreifen.
Alleinige Fabrikanten
Schmitz-Bonn Söhne, Chem. Fabrik
Düsseldorf-Reisholz.

Seefische für den Saalkreis.
treffen in großen Mengen ein. Die Gemeinden werden ersucht, uns ihren Bedarf sofort zu melden, damit der Versand prompt stattfinden kann. Telephon Nr. 1275. Erwünscht ist auch Abholung am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Eilgut in Halle, gegenüber dem Personenbahnhof. 1342
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".
Fischverteilungsstelle für den Saalkreis.

1335 **Bitte um Beachtung!**
Spargel! Spargel!

Sorte I	1.30 Mk.	per Pfund
„ II	1.—	„ „
„ III	—.75	„ „
„ IV	—.50	„ „

Auf telephonische Bestellung Lieferung frei Haus.
W. Byroff, Lebensmittelgeschäft,
Tel. 5063. Ludwig-Wuchererstr. 56. Tel. 5063.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0004

Reden von Mitgliedern der U. S. P. in der Preußischen Landesversammlung.

Sitzung vom 23. Mai.

Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder.

Abg. Stocker (U. S. P.): Meine Parteifreunde sind gegen die Verlängerung der Amtsdauer.

Das Wahlrecht ist so reaktionär,

daß damit schleunigst aufgeräumt werden muß. Es besteht hier noch das Klassenwahlrecht und eine Amtsdauer von sechs Jahren, das paßt nicht mehr in unsere Zeit. Hierzu kommt, daß während des Krieges keine Neuwahlen stattgefunden haben, so daß wir jetzt von der Regierung aufgefordert werden, die Handelskammern noch ein zehntes Jahr zu konservieren. Das ist eine starke Zumutung. Durch unsere Ablehnung wollen wir die Regierung zwingen, uns unverzüglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Was bei der Nationalversammlung und bei der Landesversammlung und bei den kommunalen Körperschaften möglich war, muß auch hier angängig sein. Wie Herr Lüdemann folgern kann, wir wollten die Handelskammern konservieren, ist schwer verständlich. Wie bei den kommunalen Körperschaften zunächst das Wahlrecht geändert wurde und nun erst an eine grundlegende Umgestaltung der Kommunalverfassung gegangen wird, so wollen wir in diesem Falle ähnlich verfahren.

Notlage der Rentenempfänger.

Abg. Christange (U. S. P.): Die Not der Invaliden- und Altersrentner ist ungeheuer groß. Tausende und aber Tausende sind dieser Not zum Opfer gefallen. Die Rentner sind nicht einmal in der Lage gewesen, die kärglichen rationierten Lebensmittel zu beschaffen, an die ausländischen Zusatzrationen gar nicht zu denken. Hier muß der Staat helfend eingreifen. Denn nicht nur die Rentner selbst, sondern vor allem auch deren Kinder leiden unter der außerordentlichen Notlage. Es ist schon eine Zulage im Vorjahre gewährt worden, aber die ungeheure Steigerung der Teuerung hat diese schon längst weit überholt. Daß unser Verlangen unerfüllbar sei, wird man nicht behaupten können, angesichts der ganz gewaltigen Summen, die bei den Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten angehäuft worden sind.

Räumung der Schulen und öffentlichen Gebäude von Truppen.

Abg. Leid (U. S. P.): Man muß sich darüber wundern, daß trotz der weitgediehenen Demobilisation heute noch Schulen und öffentliche Gebäude in großem Umfange mit Soldaten belegt sind. Und in welchem Zustande sind die Schulen meist zurückgelassen worden?

Verlaust, verseucht und in unglaublicher Weise verwüstet

sind sie. Gewaltige Summen müssen zur Wiederherstellung der Baulichkeiten ausgegeben werden und auf lange Zeit hinaus sind sie nicht wieder benutzbar. Wie schlimm die Dinge noch sind, beweist der Erlaß des Gouverneurs von Berlin, Schöpflin, der immmmunden zugibt, daß die Truppen gehaust **haben wie in Feindesland** und daß eine unglaubliche Raumverschwendung getrieben werde. Weit schwerwiegender noch ist der moralische Schaden, den unsere Kinder erleiden. Und besonders Arbeiterkinder sind es, die dadurch gelitten haben. Aber trotz aller Schäden denkt man nicht daran, die Schulen freizugeben; man will sie sogar in erweitertem Umfange belegen. Noch heute haben wir in Berlin 88 Schulen, die vom Militär belegt sind. Den Kindern kann infolgedessen nur ganz ungenügend Unterricht erteilt werden.

In Halle hat man das Museum von Maerdertruppen besetzt.

Es wird dadurch nicht allein dem Publikum gesperrt, sondern es besteht die Gefahr, daß die dort vorhandenen wertvollen Kulturschätze zerstört werden.

Die Militärverwaltung tritt die Volksgesundheit geradezu mit Füßen. In Preußen haben auch heute noch militärische **Interessen den Vorzug vor allen anderen.** Die Schäden, die auf diese Weise unserer Jugend zugefügt werden, sind nicht wieder gut zu machen.

Man zetert täglich über den bethlehemitischen Kindermord, der von der Entente betrieben werde. Aber was hier geschieht, das ist schlimmer. Und wir werden nicht nachlassen, das Volk darüber aufzuklären, daß es in Preußen-Deutschland **nicht besser, sondern schlimmer geworden ist,** als früher. Der Militarismus herrscht heute nach wie vor. Wir stimmen für den Antrag, ohne uns über die Wirkung irgendwelcher Illusionen hinzugeben.

Selbst wenn der vom Vorredner angeführte Fall zuträfe, wonach Spartakisten eine Schule besetzt haben sollen, so ändert dies an meinem Urteil nicht das mindeste. Der Vorredner hat sich über das Wort „bethlehemitischer Kindermord" entrüstet. Aber, wenn Schulen zur Hälfte

mit Syphiliskranken belegt

sind und die andere Hälfte zu Unterrichtszwecken benutzt wird, so ist dies eine Verseuchung des Volkes, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Prozeß Ledebour.

Zu Beginn der Freitagsitzung stellt Rechtsanwalt Rosenfeld den Antrag, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Zur Begründung wird ausgeführt: Der Angeklagte ist verhaftet worden, ohne daß damals ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Der Haftbefehl ist erst später ausgefertigt worden. Die Verhaftung ist vollzogen worden, während der Angeklagte in Vergleichsverhandlungen mit einer andern Partei stand. Die Verhaftung ist das Resultat der Angst vor dem politischen Gegner. Sie stellt

ein schweres Unrecht

dar, und es wird die höchste Zeit, dieses Unrecht wieder gut zu machen. Ein Mann wie der Oberleutnant **Vogel flieht,** ein Mann wie Ledebour flieht nicht. Auch der Wunsch der Regierung, daß Ledebour aus politischen Gründen in Haft bleibe, darf die Entschlüsse des Gerichtes nicht beeinflussen. Aber noch ein anderes kommt hinzu: Ledebour ist nicht allein angeklagt. Dergleichen Delikte, wegen deren Ledebour hier vor Gericht steht, ist auch Herr Däumig angeklagt. Ledebour sitzt aber seit vier Monaten in Haft, während Däumig auf freiem Fuße sich befindet. Wir fragen vor aller Oeffentlichkeit, wie diese zweispältige Haltung der Anklagebehörde zu begreifen ist. Der Verteidiger wiederholt nochmals die Gründe, die Ledebour unter allen Umständen davon abhalten müßten, zu entfliehen und betont die Notwendigkeit, daß dem Angeklagten angetane Unrecht durch die Haftentlassung teilweise gutzumachen.

Staatsanwalt Ghsae: Von Unrecht kann keine Rede sein. Der Antrag auf Haftentlassung ist bereits vom Kammergericht abgelehnt worden. Die Prozeßlage ist nicht danach angetan, dem Antrage der Verteidigung stattzugeben.

Rechtsanwalt Herzfeld: Die Festnahme des Angeklagten ist aus politischen Gründen erfolgt. Sie ist auch nicht erfolgt auf Anordnung der Strafbehörde, sondern von einer höchst interessierten militärischen Stelle. Bezeichnend ist, daß der Angeklagte sich vier Tage lang in Haft befunden hat, bevor man sich darüber klar geworden war, wie man seine Festnahme begründen sollte. Nicht der Grad des Verdachtes, der vorliegt, sondern die Frage, ob der Angeklagte fluchtverdächtig sei, muß für das Gericht entscheidend sein. Aber fluchtverdächtig ist der Angeklagte nicht.

Rechtsanwalt Oduch macht ähnliche Ausführungen. Er schließt damit, daß er die Inhaftbehaltung Ledebours als einen politischen Skandal bezeichnet. Diesen Ausdruck rügt der Vorsitzende.

Angeklagter Ledebour: Die Ausführungen des Staatsanwalts sind geeignet, auf meine Freunde, die nicht hier sind, ein nachteiliges Licht zu werfen. Ich muß dem gegenüber doch bemerken, daß eine generelle Pflicht für einen Revolutionär, sich den Häschern zu stellen, von mir nicht erkannt werden kann. Mein Freund Scholze ist ein unbedingt zuverlässiger Charakter. Wenn ich nicht fliehen werde, und nicht gesloben bin, so liegt das an speziellen politischen Ursachen. Ich befinde mich auf einem der wichtigsten Vorposten der Revolution. Ich bin, um einen Vergleich aus dem militärischen Leben heranzuziehen, ein Soldat, der auf einem Posten gestellt ist, den er unter allen Umständen, auch unter Einsetzung seiner Persönlichkeit, zu halten hat. Wenn man mich aus der Haft entläßt, dann werde ich selbstverständlich jeden Tag hier zur Stelle sein. Ich tue jetzt im Brennpunkt des revolutionären Interesses meine Pflicht der Partei und der Internationale gegenüber. Es wäre Verrat, wenn ich fliehen würde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch eins bemerken: In den Reihen meiner Freunde spielt der Gedanke an meine Befreiung eine Rolle. Ich möchte Sie dringend auffordern, diesem Gedanken die Ausführung nicht folgen zu lassen, auch wenn das Gericht den Haftentlassungsantrag ablehnt. Ich kann hier nicht entscheiden, ob diese Pläne in Wirklichkeit bestehen oder ob sie ein Werk von Lockspitzeln sind. Jedenfalls wäre eine solche Befreiung eine zwangsweise Flucht, zu der man mich treiben würde. Ich möchte aber auch die Aufforderung an das Eden-Hotel ergehen lassen, die Revolver-Leutnants im Falle meiner Entlassung nicht auf meine Spur zu setzen.

Der Vorsitzende: Mit der letzten Bemerkung hat der Angeklagte den Rahmen des vorliegenden Antrages verlassen. Das ist unzulässig.

Rechtsanwalt Liebknecht: **Der Appell an das Eden-Hotel war berechtigt, denn ich und meine Mitverteidiger erhalten fortgesetzt Briefe, die sowohl uns wie den Angeklagten Ledebour dasselbe Schicksal ankündigen, wie es meinem Bruder und den anderen aus Versehen — Versehen in Gänsefüßchen — widerfahren ist.**

Nach anderthalbstündiger Beratung verkündet das Gericht folgenden Beschluß: Der Haftentlassungsantrag der Verteidigung wird abgelehnt. Er ist verfrüht. Der Tatverdacht ist durch die bisherige Beweisaufnahme nicht beseitigt.

Rechtsanwalt Liebknecht: Diese Begründung veranlaßt mich, dem Antrag auf Haftentlassung erneut zu stellen. Das Gericht sagt in seiner Begründung selbst, daß es den Angeklagten im Augenblick nicht für fluchtverdächtig halte. Es steht also nichts im Wege, den Angeklagten heute aus der Haft zu entlassen, und die Wiederverhaftung zu verfügen, wenn durch den Gang der Beweisaufnahme ein Fluchtverdacht gegeben erscheint. — Der Staatsanwalt wendet sich gegen den Antrag. — Rechtsanwalt Liebknecht: In der Begründung des Gerichts heißt es dem Sinne nach, daß ein unmittelbarer Fluchtverdacht nicht vorliegt. Andererseits wird die Haftentlassung abgelehnt. Diese Stellung des Gerichts kann nur dahin gedeutet werden, daß es sich bei seinen Beschlüssen von politischen Motiven hat leiten lassen. — Staatsanwalt Zumbroich beantragt wegen dieser Aeußerung, die eine schwere Ungebühr darstelle, gegen Rechtsanwalt Liebknecht eine Geldstrafe von hundert Mark. — Rechtsanwalt Liebknecht: Der Staatsanwalt hat vorhin gezeigt, daß er die Begründung des Gerichtes völlig falsch aufgefaßt hatte. Wenn er glaubt, diesen Prozeß als einen unpolitischen Prozeß führen zu können, dann geht er dabei von ebenso falschen Voraussetzungen aus wie bei der Stellung des Antrages. — Rechtsanwalt Rosenfeld verlangt das Wort. — Vors.: Das Wort wird nicht erteilt. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Ich beantrage die Wortverweigerung zu protokollieren.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Es verkündet sodann, daß die Protokollierung beschlossen sei. Dem Antrage des Staatsanwalts wird stattgegeben und Liebknecht wegen „Ungebühr" zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der erneute Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt, weil ohne Rücksicht auf das Verhalten des Angeklagten Fluchtverdacht bestehen bleibt.

Rechtsanwalt Liebknecht: Ich erbitte mir die schriftliche Ausfertigung des Urteils in meiner Ungebührsache.

Damit vertagt sich das Gericht bis Montag 9 Uhr.

Warum bleibt Genosse Ledebour in Haft?

Das soll, wie die rechtssozialistische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in Kiel wissen will, zu seinem „besonderen Schutze" geschehen. Das Blatt schreibt:

„Wir wollen es klar und deutlich aussprechen: Man will den alten Kämpen vor dem Schicksal Liebknechts und Rosa Luxemburgs bewahren. Die Offizierskaste erhebt frecher denn je ihr Haupt. Wenn man Ledebour heute aus seiner Haft entläßt, besteht die Gefahr, daß er morgen von den wildgewordenen Bestien der Soldateska erschlagen wird. Die Regierung scheint gegenwärtig kein Mittel in der Hand zu haben, Meuchelmörder in Haft zu halten und Revolutionäre des Lebens zu sichern. Für Tirpitz und Ludendorff, die frei in Berlin umherspazieren, besteht einstweilen diese Gefahr nicht."

Allerlei.

Ganz wie unter Wilhelm.

Was ehedem von der „sozialistischen" Regierung bekämpft wurde, lebt alles munter weiter. Die Schutzhaft. Der Wucher. Die Militärgerichtsbarkeit. Die Klassenjustiz. Geschworenenbänke ohne Arbeiter. Die Klassentrennung bei der Eisenbahn. Die herablassende und herabwürdigende Behandlung des Publikums (besonders am Schaltern) durch ein sich fühlendes Beamtenheer. Der wahnwitzige Dünkel der Militärkaste und der Offiziersamarilla. Es ist alles noch beisammen im lieben deutschen Vaterland des Kapitalismus und Nationalismus. Nicht zu vergessen der Staatsanwalt. Der hat jetzt in Leipzig die Erzählung Karl Sternheims Ulrike" die im Verlage Kurt Wolff-Leipzig erschienen ist, auf eine Anzeige hin als „unzüchtige Schrift", beschlagnahmt, und es ist im Einverständnis mit dem sächsischen Justizministerium ein sogenanntes objektives Verfahren auf Einziehung und Vernichtung der vorhandenen Exemplare eingeleitet worden. Am Tage, da der erste Prozeß wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" in der „freien deutschen Republik" steigt, wird die deutsche Burschenschaft einen fröhlichen Salamander auf Ebert-Noske-Scheidemann reiben.

Munitionsexplosionen in Belgien.

Brüssel, 24. Mai. (Havasmeldung.) Gestern Nachmittag sind auf einer Strecke von mehreren Kilometern zwischen Bailleul und Steenkerke Schießbedarfslager aufgeflogen; die Explosionen dauerten mehrere Stunden. Man befürchtet unter den chinesischen Arbeitern schwere Opfer. — Aus Gent werden gleichzeitig Explosionen in den Schießbedarfslagern von Quatrecht gemeldet; der Bahnverkehr Gent —Brüssel ist unterbrochen.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

33] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

Fünfzehntes Kapitel.

Auf unserer Wanderung durch das Gebäude gelangten wir auch in die Bibliothek. Wir konnten der Versuchung nicht widerstehen, uns in den luxuriösen Ledersesseln auszuruhen, mit denen sie ausgestattet war. In einer der von Büchergalerien umgebenen Nischen nahmen wir Platz und plauderten.*)

„Edith erzählte mir," sagte Frau Leete, „daß Sie den ganzen Vormittag in unserer Bibliothek verbracht haben. Sie können mir glauben, Herr West, daß ich Sie für den beneidenswertesten aller Sterblichen halte."

„Ich möchte gern wissen, warum?" antwortete ich.

„Weil Ihnen die Bücher der letzten hundert Jahre neu sind," versetzte Frau Leete. „Sie werden so viel interessante Werke zu lesen finden, daß Ihnen in den nächsten fünf Jahren kaum Zeit zum Essen bleiben kann. Ach, was würde ich nicht darum geben, wenn ich Berrians Novellen noch nicht gelesen hätte!"

„Oder die von Nesmith, Mutter," fügte Edith hinzu.

„Gewiß, oder Oates Gedichte, oder Vergangenheit und Gegenwart, oder Im Anfang, oder — o, ich könnte wenigstens ein Dutzend Bücher nennen, von denen ich für jedes ein Jahr meines Lebens geben möchte!" rief Frau Leete begeistert aus.

„Nach Ihren Worten zu urteilen," sagte ich, „muß dieses Jahrhundert hochbedeutende literarische Werke hervorgebracht haben."

„Jawohl," versetzte Doktor Leete. „Es war ein Zeitalter von beispiellos geistigem Glanze. Wahrscheinlich hat sich nie zuvor in der menschlichen Gesellschaft ein materieller und moralischer Umschwung vollzogen, der so groß in seinem Umfang, so gewaltig in seiner Tragweite gewesen wäre und sich in so kurzer Zeit durchgesetzt hätte, wie die Umwandlung der alten in die neue Gesellschaftsordnung zu Anfang dieses Jahrhunderts. Als die Menschen die Größe des ihnen zugefallenen Glückes zu ermessen anfingen, erkannten sie, daß die stattgehabte Umwälzung nicht nur eine Verbesserung ihrer Lage im einzelnen bedeute, sondern das Emporsteigen der Menschheit zu einer höheren Stufe der Zivilisation, die die Aussicht auf einen unbegrenzten Fortschritt eröffnete. Alle Fähigkeiten ihres Geistes wurden angeregt, so daß auf allen Gebieten menschlichen Schaffens eine Blüte eintrat, die den Glanz der Renaissance in den Schatten stellt. Es brach eine Periode an, ausgezeichnet durch einen einzig dastehenden Reichtum technischer Erfindungen, wissenschaftlicher Entdeckungen, großartiger und zahlreicher Schöpfungen der bildenden Künste, der Musik und Literatur. Keine zweite Epoche der Geschichte läßt sich mit ihr vergleichen."

„Da wir gerade über Literatur sprechen," sagte ich, „so möchte ich gern wissen, wie jetzt Bücher veröffentlicht werden. Gibt die Nation sie heraus?"

„Gewiß."

„Aber wie verfährt sie dabei? Veröffentlicht die Regierung auf Kosten der Allgemeinheit alles, was geschrieben wird, oder übt sie eine Zensur aus und läßt nur das im Druck erscheinen, was sie billigt?"

„Weder das eine noch das andere," erwiderte Doktor Leete. „Dem Amt für die Herausgabe von Schriftwerken steht kein Recht der Zensur zu. Es ist verpflichtet, alles drucken zu lassen, was ihm vorgelegt wird. Doch geschieht dies nur unter der Bedingung, daß der Verfasser mit seinem Kredit für die ersten Herstellungskosten aufkommt. Er muß für das Vorrecht bezahlen, zur ganzen Nation zu sprechen. Wir meinen, daß er gern zu der Ausgabe bereit sein wird, wenn er etwas zu sagen hat, was des Anhörens wert ist. Wären die Einkommen noch ungleich wie in früheren Zeiten, so würde diese Regelung nur den Reichen erlauben, Schriftsteller zu sein. Jetzt dagegen, wo alle Bürger gleichgestellt sind, läßt sie den Verfasser nur zeigen, wie stark der Drang, wie ernst der Beweggrund ist, der ihn zum Schreiben treibt. Wenn man sparsam ist und vor einigen Opfern nicht zurückschreckt, so kann man aus seinem Fahrkredit recht wohl die Herstellungskosten für die Auflage eines Buches von mittlerem Umfang decken. Ist ein Buch veröffentlicht, so übernimmt die Nation seinen Vertrieb."

„Ich vermute, daß der Verfasser wie zu meinen Zeiten im Hinblick auf die zu erwartende Einnahme ein Honorar erhält," bemerkte ich.

„Die Angelegenheit wird zwar anders geregelt wie zu Ihrer Zeit, doch so, daß der Verfasser eines Werkes am Ertrag Anteil hat. Der Preis eines Buches wird durch die Kosten seiner Veröffentlichung und das Autorenhonorar bestimmt, über dessen Höhe der Verfasser selbst entscheidet. Setzt er es zu hoch an, so ist es natürlich sein eigener Schaden, denn das Buch findet dann keine Abnehmer. Der Betrag des Honorars wird dem Autor gutgeschrieben, und dieser selbst wird aller anderen Arbeiten für die Nation so lange enthoben, als der Betrag seinen Unterhalt deckt. Wenn ein Buch nur einigermaßen gefällt, so kann sein Verfasser Urlaub für mehrere Monate, ja günstigenfalls auch für ein, zwei und drei Jahre erhalten. Schafft er in dieser Zeit weitere Werke von Erfolg, so wird seine Dienstfreiheit der Verbreitung seiner Bücher entsprechend weiter und weiter ausgedehnt. Ein vielgelesener Autor kann sich während der ganzen Dauer seiner nationalen Arbeitspflicht mit seiner Feder erhalten. Die Möglichkeit der literarischen Tätigkeit mehr oder weniger Zeit widmen zu können, hängt also von der Anerkennung und Wertschätzung seines schriftstellerischen Talents durch die öffentliche Meinung ab. In dieser Hinsicht zeitigt unsere Regelung der Dinge kaum ein anderes Ergebnis wie die zu Ihrer Zeit übliche, dennoch aber sind zwei wesentliche Unterschiede vorhanden. Erstens verleiht heute die allgemeine Höhe unserer Bildung dem Volksurteil über den wirklichen Wert einer literarischen Leistung eine ausschlaggebende Bedeutung, wie sie ihn zu Ihrer Zeit auch nicht im entferntesten zukam. Zweitens hat unsere Zeit gründlich mit dem Protektionsunwesen aufgeräumt, das die Anerkennung des wahren Verdienstes verhindern konnte. Unter Ihrer Gesellschaftsordnung war die Gönnerwirtschaft zum herrschenden und korrumpierenden System erhoben worden. Bei uns dagegen hat ein Schriftsteller genau dieselbe Gelegenheit wie der andere, sein Werk vor das Publikum zu bringen. Diese absolute Gleichheit wirkte sicherlich in Ihren Tagen ungemein geschickt worden sein; wenigstens lassen die Klagen Ihrer zeitgenössischen Schriftsteller darauf schließen."

„Das nämliche Prinzip ist wohl auch für die Wertung des Verdienstes auf anderen Gebieten maßgebend, für die außerordentliche geistige Begabung Voraussetzung ist, wie zum Beispiel in der Musik, den bildenden Künsten, der Technik?" sagte ich.

(Fortsetzung folgt.)

*) Ich kann nicht genug die herrliche Freiheit rühmen, die in den Bibliotheken des zwanzigsten Jahrhunderts herrscht. Sie steht im schroffsten Gegensatz zu der unerträglichen Art, wie diese Institute zu meiner Zeit verwaltet wurden. Damals vorentheilt wen dem Volke eifersüchtig die Bücher, so daß sie nur mit Zeitverlust und Umständlichkeiten erlangt werden konnten, die darauf berechnet waren, jede nicht ganz ungewöhnlich starke Neigung für Studium und Lektüre zu ertöten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191905 26-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Gewerbeaufsicht im Regierungsbezirk Merseburg.

Aus einer amtlichen Veröffentlichung ist die Organisation der Gewerbeaufsicht im Regierungsbezirk Merseburg ersichtlich. Die Mitteilungen sind besonders für die Arbeiter von Wichtigkeit. Erfahren sie doch daraus, an welche Stellen sie sich mit Beschwerden über Betriebseinrichtungen usw. zu wenden haben. Die gesamte Gewerbeaufsicht im Bezirk untersteht dem Geh. Regierungsrat Skultetus in Merseburg. Der Bezirk ist aber in sechs einzelne Kreise zerlegt. Für den Stadtkreis Halle und den Saalkreis befindet sich die Gewerbeinspektion in Halle, Bernburger Straße 18. Die Leitung hat Gewerbeinspektor Dr. Tittler, weiter ist tätig Gewerbeassessor Buys und die Assistentin Wagner. In Bitterfeld ist Gewerbeinspektor Budde stationiert; er ist für die Kreise Bitterfeld und Delitzsch zuständig. Der Gewerbeinspektor Schürholz in Merseburg ist zuständig für die Kreise Merseburg, den Stadt- und den Landkreis Naumburg, den Kreis Querfurt und den Stadtkreis Weißenfels. In Sangerhausen wohnt der Gewerberat Hans Hartmann. Sein Tätigkeitsgebiet umfaßt den Stadtkreis Eisleben, den Kreis Eckartsberga, den Mansfelder Gebirgskreis den Mansfelder Seekreis und den Kreis Sangerhausen. Wittenberg ist der Sitz des Gewerberates Dr. Schellhorn; er ist zuständig für die Kreise Liebenwerda, Schweinitz, Torgau und Wittenberg. Es ist ihm die Assistentin Berneder als Hilfsarbeiterin beigegeben. In Zeitz ist Gewerberat Dorn stationiert. Sein Aufsichtsgebiet erstreckt sich auf den Landkreis Weißenfals und den Stadt- und Landkreis Zeitz.

Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß den Gewerbeaufsichtsbeamten auch die Entscheidung von Streitigkeiten aus den neueren Verordnungen über Arbeiterschutz usw. übertragen ist. So entscheidet der Gewerbeinspektor über die gesetzliche Notwendigkeit der Errichtung eines Arbeiterausschusses oder Angestelltenausschusses, über die Wahlberechtigung oder die Wählbarkeit eines Arbeiters oder Angestellten, über die Einrichtung, Zuständigkeit und Geschäftsführung eines Ausschusses und über alle Streitigkeiten, die sich aus den Wahlen zu den Ausschüssen ergeben, wenn es sich um Betriebe Verwaltungen und Bureaus handelt, die unter Titel VII der Gewerbeordnung fallen oder sonst zum Geschäftsbereiche der Handels- und Gewerbeverwaltung gehören. Gegen die Entscheidung des Gewerbeinspektors kann binnen einem Monat eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten gerichtet werden. Da sich die Betriebsunternehmer nicht selten noch recht unfreundlich den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen gegenüber verhalten, so wird oft gut sein, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden.

Noch ein schwarzes Schulhalbjahr.

Nach vielem Kompromißschließen und Hin- und Herverhandeln bequemt sich das „sozialistische“ Ministerium Haenisch endlich, die geistliche Schulaufsicht so langsam aufzuheben ... Aber beileibe nicht heute oder morgen. Nahezu ein halbes Jahr muß die Lehrerschaft das schwarze Joch noch tragen, — damit sie nicht zu üppig wird. Der Landlehrer zumal könnte sich ja bei der zu schnellen Befreiung von der Pfarreraufsicht einen Nervenchok holen. Einen — — „Entwurf“ wagt Haenisch zunächst ganz schüchtern der Preußischen Landesversammlung zugehen zu lassen, u. a. § 1. Das Amt des Lokalschulinspektors wird aufgehoben. § 2. Die Schulaufsichtsbehörden sind befugt, die bisher den Lokalschulinspektionen obliegenden Geschäfte ... anderweit auf Behörden oder einzelne Fachleute zu übertragen. (Schulvorstandsvorsitzende?) § 3. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft.“ — Ob's wahr ist? Wir glauben nach den bisherigen Feststellungen, daß nämlich bis jetzt noch nichts für die Volksschule getan ist, nicht recht an diesen Termin, abgesehen davon, daß die schwarze Galgenfrist, für beaufsichtigungswütige geistliche Ortsschulinspektoren — eine unverantwortliche Schwäche des sozialistischen Ministeriums Haenisch ist. ...

Merseburg. Ein großer Schuhwarendiebstahl ist in Weißenfels verübt worden. Es sind von bisher unbekannten Dieben aus einer Schuhwarenfabrik zirka 6000 Paar Schuhe im Werte von annähernd 300 000 Mk. gestohlen worden. Zum Abtransport des gestohlenen Gutes müssen mehrere Wagen benutzt worden sein. Die Spur geht in die Richtung von Merseburg. Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen können, sind der Polizeiverwaltung erwünscht.

Lützen. Aus der Partei. Anschließend an eine am Sonnabend stattgefundene Gewerkschaftsversammlung schloß sich eine Parteiversammlung an, in welcher Genosse Albrecht die Anträge, welche zum Kreistag eingegangen waren, bekannt gab. Da die Zeit sehr vorgeschritten war, fand keine weitere Aussprache statt, und wurde es den Delegierten überlassen, zu den einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen. Hierauf beleuchtete Genosse Albrecht das Verhalten der Redaktion des Lützener Volksboten. Zu den stattfindenden Kreistagswahlen, war vom Genossen Winkler ein Artikel der Redaktion zugestellt worden, welcher außer einem Inserat im Volksboten erscheinen sollte. Dem Genossen Albrecht war von der Redaktion auch versprochen worden diesen Artikel zu bringen, trotzdem ist er nicht erschienen. Mit Recht hob Genosse Albrecht hervor, das die hiesige Arbeiterschaft diesem Blättchen die richtige Antwort geben müßte, womit sich die Versammlung auch einverstanden erklärte. Die nächste Versammlung wird sich mit dieser Frage noch einmal beschäftigen.

— Aus dem Stadtparlament! In der am Sonntag stattgefundenen Sitzung nahmen die Stadtverordneten die Wahlen zweier Kreistagsabgeordneter vor. Im ganzen wurden 18 Stimmen abgegeben, wovon auf die Genossen Albrecht und Winkler je 11 Stimmen fielen. Von den bürgerlichen Kandidaten erhielt Herr Bürgermeister 6, Herr Gneist 7 und Herr Fischer 1 Stimme, sodaß unsere beiden Genossen gewählt sind.

Delitzsch. Nachwehen vom Eisenbahnerstreik. Kürzlich meldeten wir, daß in den Reihen der freiorganisierten Eisenbahner große Erregung wegen der Bezahlung der Streiktage an die gelb Organisierten herrscht. Diese Angelegenheit droht zum offenen Konflikt auszubrechen. Ganz erklärlicherweise ließen sich die Freiorganisierten diese ungleiche Behandlung nicht gefallen und setzten alle Hebel in Bewegung, um die Bezahlung an alle Arbeiter, oder an niemanden, zu erwirken. Unsere Vermutung, daß mit der Gewährung des Geldes an die Trier-Verbändler ein Keil zwischen die Arbeiter getrieben werden soll, bestätigt sich. Es zeigt sich ferner, daß man mit Hilfe des Geldes die Arbeiter sich zu einer Arbeitswilligengarde für spätere Zeit erkaufen will. Nach langem erfolglosen Verhandeln kam am 21. Mai folgender, in seinem entscheidenden Satze lautender Ukas von der Werksleitung heraus: „Anspruch darauf (also auf das Geld) haben nur die, die unbedingt arbeitswillig und Gegner des Streiks waren. Wer dieses nachweisen kann, kann bis zum 24. abends eine schriftliche Eingabe an seinen Werkmeister richten, in der er die Gründe und Beweise für seine Behauptung darlegt.“ Da in der heutigen teuren Zeit jeder Arbeiter das Geld sehr nötig gebrauchen kann und auf der anderen Seite die Staatsarbeiter als erst jung organisiert zu betrachten sind und zum Opferbringen für ihre Ueberzeugung erst erzogen werden müssen, wirkt dieser Anschlag wie Sprengpulver. Nebenher werden die Arbeiter noch zum Gesinnungslumpen und zum Heuchler erzogen, denn schon in früherer Zeit wurde gesagt, daß die Eisenbahner mit ganz wenigen Ausnahmen für den Streik waren. Die Gefahr, die durch das Vorgehen der Werksleitung dem deutschen Eisenbahnerverbande droht, hat die Leitung der hiesigen Ortsgruppe erkannt und nahm in einer Mitgliederversammlung zu dieser Frage Stellung. Die Geister platzten zunächst scharf aufeinander. Jedoch war man sich nach reiflicher Aussprache einig in der Forderung: das Geld für alle oder für niemanden. Da man weiter der Ueberzeugung war, daß auch der Hauptvorstand des Verbandes in dieser Angelegenheit, den Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen, nicht die nötige Energie aufgebracht hatte, sprach man auch diesem das schärfste Mißtrauen aus.

Eilenburg. Reichsstädtebund. Hier tagte am 22. und 23. Mai der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes, dem zurzeit 940 kleine und mittlere Städte angehören. Den Hauptberatungsgegenstand bildete die bevorstehende Reform der Städteordnung. Außerdem wurde verhandelt über die Lage der Städte in den besetzten Gebieten, über Vereinbarungen mit dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter über Teuerungszuschüsse bei beiden, die Kosten der Einheitsschule, über die Verordnung der Erhöhung der Preise für Elektrizität und Gas, über Verteilung der Warenhaussteuern, über die Kommunalisierung wichtiger Betriebe, sowie eine größere Anzahl anderer wichtiger Fragen.

Düben. Volksversammlung. Eine von etwa 500 Personen besuchte Volksversammlung fand am 20. Mai im Kronprinz statt. Gen. Raute-Eilenburg referierte über: Gewaltfrieden und Gewaltpolitik. Die Versammlung folgte mit Interesse den Ausführungen des Referenten und zollte ihm reichlich Beifall. Vor einigen Tagen hatte eine von der Deutschnationalen Partei veranstaltete Versammlung stattgefunden, die aber nur mäßig besucht war, ein Beweis, daß man den Sozialdemokraten mehr Interesse entgegenbringt.

Wittenberg. Protest gegen die Schandjustiz. Eine stark besuchte Vertrauensmännersitzung der Metallarbeiter des Industriebezirks Wittenberg erhob schärfsten Protest gegen das Urteil gegen die Mörder der Genossen Liebknecht und Luxemburg. Sie fordern Bestrafung der Schuldigen durch ein Revolutionstribunal.

Wittenberg. Verkauf von Lebensmitteln. In der laufenden Woche gelangen folgende Lebensmittel in allen einschlägigen Geschäften des Kreises an Versorgungsberechtigte zum Verkauf: 1. von Dienstag, den 27. Mai, an auf Marken H. V. 4 und N. V. 1 ½ Pfund Brotaufstrich zum Preise von 45 Pfg.; 2. von Mittwoch, den 28. Mai, an auf Marken H. V. 5 und N. V. 2 ½ Pfund Kaffee-Ersatz zum Preise von 1,12 Mk. für das Pfund (lose), zum Preise von 1,16 Mk. für das Pfund-Paket; 3. von Freitag, den 30. Mai, an auf Marken H. V. 6 und N. V. 8 ½ Pfund Grieß zum Preise von 24 Pfg.; 4. am Sonnabend, den 31. Mai auf die Speisefettmarke Nr. 3, gültig vom 25. bis 31. Mai, Butter.

Mühlberg. Aus der letzten Stadtverordnetensitzung ist noch nachzutragen, daß von unseren Genossen die Wohnungsnot zur Sprache gebracht wurde. Sie hielten es für unbedingt notwendig, daß die Ermächtigung zu Zwangsmaßnahmen beim Staatskommissar nachgesucht werde. Die Versammlung erklärte sich einstimmig dafür, nachdem sie die Dringlichkeit des Antrages beschlossen hatte. Ein weiterer Antrag, den Verkauf von Milch und Butter den betreffenden Händlern ganz zu entziehen und auf die Stadt zu übernehmen, wurde nach langer Besprechung vertagt. Dann unterhielt man sich noch längere Zeit über die Verpachtung von Grasnutzung auf städtischen Wiesen. Wegen sehr großer Nachfrage werden eine Reihe Parzellen geteilt. Auch sollen die Einheimischen mehr wie bisher berücksichtigt werden. Bei Beratung der schon erwähnten Fortbildungsschulfrage wurde von unabhängiger Seite beantragt, den sogenannten Bürgerrat, der sich am 30. November gebildet hatte und dem vom Arbeiterrat beratende Mitwirkung damals eingeräumt war, als nicht mehr existierend anzusehen. Begründet wurde der Antrag damit, daß bei der am 1. Mai erfolgten Neuwahl des Arbeiterrates die Bürger vertreten seien. Nach längerer, teilweise sehr heftiger Aussprache wurde der Antrag zum Beschluß erhoben.

Sandersleben. Peus auf der Flucht. Für Sonnabend hatten die hiesigen Rechtssozialisten eine öffentliche Versammlung einberufen. Der ungekrönte Herzog von Anhalt wollte reden über: Was kann uns allein retten? Den Versammlungsteilnehmern versuchte er klarzumachen, daß nur seine Weltsprache, Esperanto oder Ido, uns aus diesem Chaos erlösen könne, weil nur dadurch eine Völkerverständigung möglich sei. Nach seinem im echten Schulmeisterton gehaltenen Vortrag, in dem er den anwesenden Arbeitern Dummheit und Faulheit vorwarf und sich damit brüstete, daß seine Partei nicht auf die Arbeiter angewiesen sei, da sie sehr viel Zustrom aus den bürgerlich-kapitalistischen Parteien erhielte, meldete sich Gen. Böttge und ein Kommunist zu Wort. Peus erklärte, daß er sich auf eine Aussprache nicht einlassen würde, ergriff seine Mappe und verließ unter stürmischem Gelächter und den Zurufen Feigling den Saal. Der Versammlungsleiter weigerte sich, die Versammlung weiter zu leiten, darauf übernahm Genosse Stange die Leitung. Gen. Böttge ging auf die Angriffe des Kommunisten ein, widerlegte sie und rechnete mit den Peusleuten unter stürmischer Zustimmung gründlich ab. So wurde diese Versammlung des Herrn Peus zu einer wuchtigen Kundgebung für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Stadttheater.

Martha. Die Oper „Martha“ des verwelschten mecklenburgischen Friedr. v. Flotow hat es im Laufe ihrer 65 Jahre zu jener Popularität gebracht, die immer ihre Schattenseiten hat. Als die leichtfaßlichen Melodien Gemeingut aller Leierkästen, aller klavierspielenden Jungfräulein und Männlein, aller Garten- und Kaffeehausmusiker wurden, als man auf allen Straßen und in allen Häusern von der „Martha“ sang und spielte, die „ach so fromm, ach so traut“ heimlich verschwand und der der Himmel vergeben möge — da verloren diese Melodien viel von ihrer Frische, von ihrem Duft. Was zart und sinnig war, wurde dick und grobdrähtig, den pikanten Rhythmen wurden die Pointen genommen. Und schließlich kam die ganze „Martha“ etwas in Verruf. Aber so übel, als man sie dann schließlich ausgerufen hat, ist die internationale Dame gar nicht einmal. Zum mindesten hat Flotow bei ihrer Erschaffung Einfälle gehabt. Aber mögen diese „Martha“-Einfälle schon manchmal trivial sein, so ist dieser Komponist doch nie auf den Gedanken gekommen, sich zu spreizen und aufzublasen und mehr aus sich machen zu wollen, als in seiner Natur lag. Wir empfinden das vielleicht heute mehr und stärker als die Leute vor dreißig, vierzig Jahren, wo es noch nicht Mode war, daß man musikalische Gedankenarmut durch harmonische Tiefsinnigkeiten und Raffinements der Instrumentierung zu verschleiern suchte. Und so hat auch am Sonnabend die „Martha“ garnicht so schlecht abgeschnitten, wozu die im ganzen recht gute Aufführung viel geholfen hat. Die Spielleitung August Roeslers zeigte sich in bestem Lichte. Und die elastische, umsichtige Leitung Karl Röhrens, der allerliebste Einzelheiten aus dem Orchester herauszuholen wußte, verhalf der Aufführung weiter zu einem entschiedenen Erfolge. Adolf Harlacher fand sich mit seinem Lyonel prächtig ab. Er gab ihn schlicht, natürlich, vergaß nicht, die linkische Manier dieses gutmütigen Burschen zu betonen. Gesanglich war diese Partie ausgezeichnet herausgearbeitet. Auch der Plumkett, der Kompagnon Lyonels war eine gute Leistung unseres Bassisten Cornelius Barck. Sein transponiertes Porterlied konnte wohl etwas schwungvoller sein. Schauspielerisch gab er seinen Plumkett reichlich gemütlich. Elisabeth Schwarz war stimmlich in bester Verfassung und sang ihre Koloraturen mit kristallener Klarheit, mit Geschmack und Eleganz. Henriette Böhmer brachte uns die freudige Gewißheit, daß sie auch in der Spieloper ihre Aufgaben gut zu erfüllen mag, wenn naturgemäß auch noch manches etwas zu schwerblütig angefaßt wurde. August Roesler stellte mit seinem Tristan eine ungemein komische Figur auf die Bühne, nur mit der feuerroten Perrücke konnte man sich nicht befreunden. Den Richter sang und spielte Kurt Schreiber angemessen. Die Oper selbst fand wohlverdienten Beifall des vollbesetzten Theaters.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Mai 1919.

Der Kampf um den Bezirks-Bergarbeiterrat.

Anerkennung als wirtschaftliche Interessenvertretung, aber kein Kontrollrecht!

Der Gang zum Minister ist — wie gewöhnlich — fast ergebnislos gewesen. Die Kommission, die Mittwoch von der Bergarbeiterkonferenz zum Verhandeln nach Berlin geschickt wurde, hat dort für das starke Interesse der Bergarbeiter an ihrem Bezirksrat beim Oberbergamt Halle nur wenig Verständnis gefunden. Im Gegenteil, die Regierungsstellen taten aufs höchste entrüstet über die „kühne Sprache“, die der Bezirksarbeiterrat in seinen Kundgebungen führte. Die Herren meinen, wenn einige Mitglieder des Bergarbeiterrats für die Kontrollarbeit staatlich bezahlt werden, dann müßte der gesamte Bezirksbergarbeiterrat kuschen und untertänigst regierungstreu sein. Die Bergarbeitervertreter bedanken sich schönstens für solch einen Gesinnungskauf im neuen demokratischen Deutschland.

Beim Reichsarbeitsministerium, wo zuerst vorgesprochen wurde, schien man sich schließlich doch nicht ganz mehr den guten Gründen der Bergarbeiter gegen die Vergewaltigung ihres Bezirksrates verschließen zu wollen. Aber, erklärte man: die Entscheidung steht dem preußischen Handelsministerium zu. Dort stießen die Unterhändler nun sofort auf die berüchtigte altpreußische Bureaukratie. Nachdem in langer Aussprache den Geheimräten ein ungewisses Gefühl für die Bergarbeiterwünsche aufgedämmert war, wurde auf die Entscheidung des Ministers vertröstet. Durch rücksichtsloses Drängen erreichte man allerdings erst am zweiten Tage darauf die direkte Besprechung mit dem Minister Fischbeck, der nach längerer Aussprache erklärte:

Er erkenne zwar den Bezirksbergarbeiterrat ausdrücklich nochmals als wirtschaftliche Interessenvertretung der Bergarbeiter an, aber eine amtliche Kontrolltätigkeit könne er dem so scharf und revolutionär auftretenden Bergarbeiterrat nicht mehr zugestehen. Auch einen Vermittlungsvorschlag des Bezirksbergarbeiterrates für die Kontrolltätigkeit lehnte er ab. Selbst ein Hinweis auf die schweren Wirtschaftsschäden als Folgen dieser Halsstarrigkeit berührten den Herrn nicht. Er betonte nur nochmals, daß er dem Bezirksbergarbeiterrat kein Kontrollrecht, aber die wirtschaftliche Interessenvertretung der Bergarbeiter zugestehe.

Es ist gegen diesen Entscheid nun wieder beim Reichsarbeitsministerium Protest eingelegt worden. Außerdem soll nun durch den Zentralrat noch der preußische Ministerpräsident um Aenderung des Bescheides angegangen werden. Inzwischen werden die Reviervertreter der Bergleute zu der gespannten Lage Stellung nehmen. Für die Bergarbeiter aber heißt es in diesen Wochen, daß sie ihren Bezirksrat kräftig unterstützen, damit er in der Lage ist, auch ohne Staatsunterstützung sein Recht als Arbeiterinteressenvertretung noch nachhaltiger, rücksichtsloser und schärfer als bisher auszuüben.

Volksverdummung im — Lesebuch.

Das Lesebuch begleitet das Kind die ganze Schulzeit hindurch und ist daher von ungeheurem Einflusse auf die Entwicklung des kindlichen Seelenlebens. Darum kann es den Eltern nicht gleichgültig sein, welchen Geist die Lesestücke atmen und ob diese tägliche geistige Kost den modernen Anschauungen vom Leben, Werden und Sein auch wirklich entspricht.

Das noch jetzt in Halle nur noch gebrauchte Deutsche Lesebuch in drei Bänden (herausg. von Steger u. Wohlrabe, Halle 1916) beweist, daß in dem kapitalistisch-militaristischen Polizeistaate jedes Mittel der Volksverdummung ausgenutzt wurde. Schon sieben- bis achtjährigen Kindern (Unterstufe) impfte er seine Moral, seine Autoritätsgewalt, sein Staatschristentum, seine Anschauungen vom Lebenskampfe ein. Aus der ungeheuren Fülle des Materials nur ein Beispiel. Sehen wir uns den 1. Teil des „Werkes“: Unterstufe für sieben- bis achtjährige Kinder an!! 1. Elternhaus. 2. Die Schule. 3. Auf der Straße. 4. Aus unserem Herrscherhause. 5. Im Wechsel der Jahreszeiten und 6. Vom lieben Gott. Ein flüchtiger Blick schon belehrt, daß der 4. Abschnitt zwischen „Straße“ und „Jahreszeiten“ äußerlich und innerlich — ein Fremdkörper ist, dessen Dasein nicht von großem pädagogischen Geschick der Herausgeber zeugt! Schmeichelei nach oben, frühe Knechtsgewöhnung unten! Noch mehr befremdet die alberne unmoralische Art, wie dieses „Herrscherhaus“ den Kindern vorgeführt wird. Es ist zunächst militaristisch demoralisiert: Der achtjährige Prinz ist nicht Junge, sondern führt (S. 87) schon das Kommando in Offiziersuniform über Gleichaltrige. Im Stück Nr. 62 haben „Kaiser Wilhelm II. und seine Gemahlin ihr stilles Vergnügen dabei, wenn die kleinen Prinzen Soldat spielten und exerzierten,“ in Nr. 64 wird ein achtjähriger Prinz zur „gerührten“ Geburtstagsfreude seines Vaters vom „Unteroffizier Bludau“ in unkindlich-alberner Weise „gedrillt“. „In der kaiserlichen Familie“ machte es (S. 89) „den Prinzen viel Vergnügen, wenn im strengen Unteroffizierton kommandiert wurde ..... und wenn einer nicht vorschriftsmäßig marschierte, hieß es wohl auch: „Geht der Mann wie der Storch im Salat!“ Und machte nun gar einer linksum statt rechtsum, dann ertönte wohl auch der Ruf: „Hat der Soldat schon wieder den rechten Arm an der linken Seite sitzen!““ Eine derartige geistige Speise im Unteroffiziersgeschmack setzt man sieben- bis achtjährigen Kindern vor!! Aber den Kleinen wird versichert, daß trotz des Militarismus in der Familie man bei der „hohen Frau“ doch Mutter- und Kindesliebe findet. (Nummer 62, 3.) „Wenn aber der Vater in das Zimmer treten“ wollte, „so ließ der Prinz die andern antreten und alle warteten in strammer Haltung ab, bis sie der Kaiser militärisch grüßte. (S. 89.) Besucht der Kronprinz die Schule, so bringt er seinen Degen umgeschnallt mit! (Nr. 66.)

Zum andern sind Moral und Benehmen des Lesebuch-„Herrscherhauses“ — kientoppartig. Wie ein Kinomensch kann der Herrscher alles! Wenn man sich „Ehrfurchtsvoll vor dem fremden Herren“ verneigt, legt er (S. 93) „heimlich eine Kassenanweisung auf den Tisch“, er kauft für arme Kinder, wo er ihrer habhaft werden kann, die schönsten Geschenke, er erkennt unter Tausenden jubelnder aufgesperrter Mäuler das Gesicht eines — Bierfahrers Tappert heraus (Nr. 61), der früher Offiziersbursche war. Prinz Wilhelm zankt sich — im Lesebuch — sittlich entrüstet mit seinen hochnäsigen adligen Spießgesellen herum, weil sie nicht mit einem dreckigen Proletarierjungen Soldaten spielen wollen. Der Herrscher kann alles! Der Kronprinz schnallt in der Bornstedter Schule den Degen ab „und setzt den begonnenen Leseunterricht“ wie ein gelernter Lehrer fort, er sieht gleich die Not in der Schule, „kauft neue Bibeln“ und einen Globus! Er gibt als junkerlicher Agrarpatron dem Lehrer freiweg Urlaub, wie das Urlaubgeben an Soldaten seine Hauptlesebuch-Eigenschaft ist. Er kann noch mehr! Als Oberst befehligt ein junger Prinz sogar ein ganzes Regiment und kehrt (Nr. 61) mit ihm „von den Uebungen auf dem Tempelhofer Felde“ zurück. (Immer an sieben- bis achtjährige Kinder denken!) Er ist sogar mutig! Man denke!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0006
DFG

[Nr. 71]. Während der Belagerung von Paris reitet er sogar „hinaus zu den Vorposten". (!!?)

Für einen Einjährigen hat er gleich die bewußte Kientopp-Kutsche zur Hand und fährt mit ihm zum Exerzierplatz, damit er nicht zu spät „zum Dienst" kommt. Sollte der Hauptmann aber doch ein — man kann nie wissen — Menschenschinder sein, nimmt der Kaiser selber die Schuld am Zuspätkommen auf sich. (Nr. 72). Er kann sogar Invalidenrenten befürworten! Ein einarmiger, „tapferer" Gardist" lernt im Lazarett mit der Linken schreiben und „Bilderbücher für Kinder anmalen" (!). „So hatte er seine Heiterkeit und sein kindliches Gottvertrauen bald wiedergefunden (!) (Nr. 67). Der Kronprinz bewirtet ihn in Bornstedt mit Wein, Obst und Butterbroten und Zigarren, drei Aepfel steckt er sich noch schnell ein; sein kaiserlicher Trost ist, er „müßte alles aus Gottes Hand hinnehmen". Schließlich hat der Einarmige „Aussicht auf eine Stelle als Flurschütz" (!!?). Aber der Kronprinz stellt ihm noch dazu „ein hübsches Jahresgehalt" — — in Aussicht! Wenn er's bekommen hat, war's der einzige nach 70! Und dann noch 30 Mk. jährlich!

Endlich ist der Lesebuchkönig — der Herrgott selber! Zum Knirps, der ihn anzusprechen wagt, und der Soldat werden will „mit roten Aufschlägen und den weißen Federbüschen" (Nr. 69) sagt der König gnädig salbungsvoll: „Gott segne dich, mein Junge!" Im allgemeinen darf man aber doch nicht zu nahe an den „hohen Herrn" heran. Im Stück: „Der König in Bad Ems" (7—8jährige!!) heißt es: „Zuweilen rollte selbst ein Spielball ganz dicht an seine Füße." Man denke! Die verblödeten, dummen „Angehörigen" des schuldigen Mädchens „und andere Kurgäste schauten verlegen drein" — wegen dieses polizeiwidrigen Lesebuch-Verbrechens. Aber der großmütige Löwe, der „auf einer Bank in den Anlagen saß, wo er nicht so groß aussah", warf mit seinen durchlauchtigsten Händen „ihm denselben selbst hin." (Lies Nr. 69) — Das wichtigste ist, „der hohe Herr wird immer auffallend ehrfurchtsvoll begrüßt" (Nr. 65). — Damit aber die kleinen 7—8jährigen Untertanen nicht denken, „Kaisers" seien allzu reich, schiebt man zum Schluß ein Tendenzstück ein mit der Ueberschrift: „Es kostet zu viel!", nämlich eine notwendige Badereise für kleine Prinzen und Prinzessinnen, . . . die noch nicht genug „Pflege" haben.

So sieht das Lesebuch der Proletarierkinder noch heute aus! Wir haben noch viele, viele Verbrechen an der Kindesseele auch in anderen Abschnitten festgestellt, vor allem auf dem Gebiete der falschen Moral, der naiven Weltanschauung und einer lachhaften Gottesidee. Daß man 7- bis 8jährigen Kindern eine derartige geistlose Lektüre in den ersten Schuljahren einsaugen ließ, beweist die Unmoral der alten Klassenherrschaft und die ausgeklügelte Volksverdummung des verflossenen Regimes. Welchen schweren Stand haben unter diesen Verhältnissen wohl die Volksschullehrer heute noch unter alten monarchistischen Schulaufsichtsbeamten. . . .

Arbeiter-Eltern! Diese Zeilen sollen euch anregen, im Lesebuch eures Kindes zu blättern. Pflanzt früh den wahren Geist des Sozialismus in die Kindesseele hinein als Gegenmittel gegen die gewaltsame bisherige wilhelmisch-ludendorffsche Giftinfizierung der Psyche des Jungvolkes!

Wie der freie Handel das Volk betrügt.

Aus dem Magistrats-Gesundheitsamt wird uns berichtet:

„Die herrschende Lebensmittelnot wird von unlauteren Elementen immer wieder zu unerlaubter Bereicherung ausgenutzt. Nach dem Bericht des Städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes wurden **mehr als ¼ (28,4 Proz.) der dem freien Handel entnommenen Lebensmittel als minderwertig oder bedenklich beanstandet.** Unerhört stark verbreitet ist noch die **Milchpantscherei; nicht viel weniger als ein Viertel aller untersuchten Milchproben erwies sich als gewässert.** Die kaufende Bevölkerung könnte sich in höherem Grade vor schnöder Uebervorteilung schützen, wenn sie auf den Einkauf offenkundig minderwertig gemachter Dinge, die mit außerordentlichem Gewinn vertrieben werden, verzichtete. U. a. fällt auf, daß manche Geschäfte Feigen feilhalten, die so lange in Wasser gelegt wurden, bis sie dick aufquellen. Mit diesen „gewässerten" **Feigen wird dem Publikum statt der Früchte etwa ein Drittel der Ware als Wasser verabfolgt.** Vor dem Ankauf derart minderwertig gemachter Ware kann nur gewarnt werden."

Diese Mitteilungen der amtlichen Untersuchungsstelle wirken wahrhaft erschütternd. Sie bilden eine Anklage gegen den gelobten „freien Handel" und erweisen wieder die dringende Notwendigkeit, daß Staat und Stadt die gesamte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in die Hand nehmen und kontrollieren. Die Stadtverordnetenversammlung hat einen Sozialisierungsausschuß eingesetzt; er findet ein weites Feld für seine Tätigkeit. **Die Uebernahme der Milchversorgung durch die Stadt wäre eine der dringendsten Aufgaben.** Gegen das Verbrechen der Milchverfälschung gibt es keinen anderen Schutz als den Vertrieb der Milch durch die Stadt. Mannheim und andere Städte haben in dieser Hinsicht die besten Erfahrungen gemacht.

* **Anonyme Zuschriften.** Täglich laufen Zuschriften bei uns ein, die keine Unterschrift tragen und „Ein Genosse" oder „Ein Leser" unterschrieben sind. Solche Zuschriften wandern ohne Prüfung des Inhalts grundsätzlich in den Papierkorb. Wer uns etwas mitzuteilen hat, soll auch den Mut aufbringen, seinen Namen zu nennen. Selbstverständlich fällt eine solche Namensnennung unter das Redaktionsgeheimnis, d. h. der Name des Einsenders wird bei Veröffentlichung der Zuschrift nicht genannt.

Die Schriftleitung.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Am Dienstagabend 8 Uhr im Hörsaal IV der Universität Versammlung der Wähler zum A. St.-A.: Verfassung und Programm für eine studentische Selbstverwaltung. — Am Mittwoch, den 28. Mai, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause Vortragsreihe: Unser Weg zum Sozialismus. Referent Herr Adolf Thiele-Halle (S. P. D.). Gäste können eingeführt werden.

Der Arbeitsausschuß.

* **„Bittet für den Kaiser in seiner Bedrängnis."** Das ist der neueste Unfug, der durch Plakate an den Säulen verübt wird. Den letzten Sonntag, den die Kirche „Rogate" (bittet, betet) benamset, hatten die politischen und kirchlichen Mucker dazu ersehen. Das kirchliche Theater wird immer fideler. Warum ist denn Wilhelm in Bedrängnis? Weil er von Gottes Gnaden ausrückte und nicht bei „seinem" Volke, das er mit ins Unglück gestürzt hatte, in trüben Tagen blieb. Nun soll der „liebe Gott" ihm wieder helfen, soll ihn wieder an die Spitze eines untertänig-frommen deutschen Volkes stellen, damit das Gottesgnadentum aufs neue blühe und das Volk bedrücke. Die Kirche schiebt in diesem Treiben kräftig mit, da sie weiß, daß sich unter Wilhelms Gottesgnadentum prächtig leben läßt. Die „geistlichen" Herrschaften fürchten die Trennung von Kirche und Staat. Viele von ihnen glauben, daß ihre geruhsamen Pfründen versiegen werden, wenn nicht mehr der Staat aus Steuergroschen, sondern die kirchlichen Schäflein selber die Herren „Geistlichen" bezahlen müssen. Also predigt man: „Betet für den Kaiser in seiner Bedrängnis."

Im übrigen könnte man auch die Frage stellen, was eine republikanische (sogar „sozialistische") Regierung gegen diesen frommversteckten Hochverrat zu unternehmen gedenkt. Wilhelm II. wäre im umgekehrten Falle nicht in Verlegenheit gewesen. Dieser Herr von Gottes Gnaden hätte jeden sofort ins Zuchthaus sperren lassen, der es gewagt hätte, etwa unter seiner Regierung für ein republikanisches Staatsoberhaupt so aufreizend zu wirken. Von allen Seiten setzen jetzt die Treibereien für Wilhelms Rückkehr ein. Der Alldeutsche Verband fordert auf, in der National- und preußischen Landesversammlung den „feierlichen Antrag" auf Wilhelms Wiederkunft zu stellen. Da will die Kirche nicht zurückbleiben. Sie macht die hochverräterische Propaganda auf ihre muckerische Art: „Betet für den Kaiser." Vorerst hat der liebe Gott freilich dem deutschen Volke eine Republik geschenkt. Ob er sich durch die Gebete alter Tanten so schnell umstimmen lassen sollte? ? . . Daß der monarchische Fimmel nicht nur in Halle, sondern in der ganzen „sozialistischen" Republik sein Unwesen treibt, zeigt eine Zuschrift, die das rechtssozialistische Hamburger Echo von einem Musikfreund erhält: Als großer Musikfreund besuchte ich die Wagner-Feier der Deutschnationalen Volkspartei. Man merkte sofort an den prachtvollen Kostümen und dem vielen reichen Schmuck sowie an der äußersten Eleganz, mit der die Herren gekleidet waren, daß man sich zwischen Leuten aus den Kreisen der oberen Zehntausend befand. Die Musikvorträge waren prachtvoll. Nun sollte als letztes Stück des Programms „Der Kaisermarsch" kommen. Der Dirigent besteigt das Pult, die ersten Töne erklingen und — — — ich will meinen Augen nicht trauen — — alles erhebt sich und hört stehend den „Kaisermarsch" an. Ich konnte es nicht glauben, daß in so freier Art die Reaktion vorginge. Da ich selbstverständlich sitzen blieb, wurde ich zuerst mit erstaunten, dann aber mit verächtlichen Blicken angeschaut. In der „sozialistischen" Republik können sich die monarchischen Elemente eben die unverschämtesten Provokationen erlauben; es geschieht ihnen nicht das geringste.

* **Dunkle Säulenweisheit.** Der Hallische Sekretär der regierungssozialistischen Partei, Herr Emil Pikard sendet uns eine Zuschrift, in der er mitteilt, daß der Verüber des Plakates „Solange die Führer der Spartakisten und Kommunisten die Masse weiter verhetzen, ist eine Besserung der Ernährungsverhältnisse ausgeschlossen", nicht die sogenannte Zentrale für Heimatsdienst sei. Herr Pikard scheint demnach die Geschäfte der Z f H bereits genau zu kennen, trotzdem er feststellt, daß er erst am 1. Juni die Leitung der hiesigen Abteilung dieses reizenden Gebildes übernimmt. Daß Herr Pikard seinen Sekretärposten bei den Regierungssozialisten niederlegt, berichtet er zugleich. Das erscheint sehr glaubhaft, denn die politischen Geschäfte der Regierungssozialisten gehen so spottschlecht, daß ein Sekretär keine fünf Minuten täglich braucht, um das Laufende zu erledigen. Da keine Mitglieder kommen, fehlen auch die Gelder zur Besoldung eines Sekretärs. Im übrigen bleibt uns auch nach dieser „Aufklärung" das Geheimnis dunkel, wo denn eigentlich die Plakathetzer sind und aus welchem Korruptionsfonds die Gelder fließen. Man muß annehmen, daß die Regierung selber diese Hetzarbeit betreiben und bezahlen läßt.

* **Im städtischen Bauausschuß** wurden Stadtv. Genosse Reiwand zum Vorsitzenden, Herr Stadtv. Balke zum Stellvertreter gewählt. Die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen soll nach Inangriffnahme der ebenfalls am Roßplatz geplanten Fortbildungsschulbauten zur Ausführung kommen, wenn die Rohmaterialienzufuhren wieder so reichlich sind, daß der Fortgang der städtischen Kleinwohnungsbauten durch diese Neubauten nicht behindert wird. Eine neue Straße soll in der Richtung der Lessingstraße nach dem Westeingang des Nordfriedhofes führen. Die Kosten für die Kanalisierung der westlich der Saale gelegenen Tiefgebieten haben den Voranschlag um das Vierfache überstiegen. Hierfür und für Vorarbeiten zur Kanalisation des Ostviertels wurde Bewilligung der Mittel empfohlen. Einige Aenderungen des Bebauungsplanes, Reparaturarbeiten am Inspektor-Wohnhaus des Nordfriedhofes und Landerwerb am Advokatenweg wurden genehmigt.

* **Von der Straßenbahn.** Um die lästigen Verkehrsstörungen auf der Linie 1 (Trotha — Rannischer Platz) aufzuheben, sollen in allernächster Zeit die eingleisigen Strecken zwischen Marktplatz und Rannischer Platz (Schmeerstraße, Franckestraße und Steinweg) doppelgleisig ausgebaut werden. Zwecks Behebung der störenden Aufenthalte in der Großen Steinstraße (zwischen Hauptpost und Kleinschmieden bzw. Markt) hat die Straßenbahnverwaltung für die eingleisige Strecke eine Licht-Blockierungsanlage eingebaut (Haus Nr. 3 und 13). Diese Anlage besteht aus zwei Lichtsignalen, zwei Schaltapparaten und zwei in den Fahrdraht eingebauten Kontaktstücken. Die Bedienung geschieht durchaus selbsttätig durch Befahren der Oberleitungskontaktstücke. Der Wagenführer hat lediglich das jeweilige Signal (rotes oder grünes Licht zu beachten; er braucht keine sonstige Schaltarbeit zu verrichten. Zeigt sich z. B. dem Wagenführer kein Signallicht, so ist die eingleisige Strecke frei. Der Wagen fährt in die Strecke ein, schaltet selbsttätig für die Einfahrt grünes Licht ein und gibt gleichzeitig für die Gegeneinfahrt rotes Sperrsignal. Auf der Gegenseite darf alsdann nicht eingefahren werden. Bei der Ausfahrt aus der eingleisigen Strecke gibt der ausfahrende Wagen durch selbtätiges Ausschalten der grünen und roten Lichter die eingleisige Strecke wieder frei. Findet ein ankommender Wagen ein grünes Signallicht vor, so bedeutet dieses, daß sich ein in gleicher Fahrtrichtung fahrender Wagen in der eingleisigen Strecke befindet; in die Strecke kann alsdann der zweite Wagen ebenfalls einfahren. Die Freigabe der Strecke für den Gegenwagen erfolgt in gleicher Weise wie vorher.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abends 7½ Uhr, wird die Oper Martha wiederholt. Dienstag Der Bürger als Edelmann, Mittwoch Aida, Donnerstag Das Dreimäderlhaus, Freitag Belinde, Sonnabend Martha, Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Die Rose von Stambul, abends Wilhelm Tell.

* **Noskegardisten als Vernichter der Fischerei durch Handgranaten.** Der Fischereiverein für die Provinz Sachsen und für Anhalt schreibt uns folgendes: Das verbrecherische Treiben des Fischfanges durch Handgranaten hat zurzeit derart überhand genommen, daß allen Ernstes die volle Verödung unserer Fischgewässer zu befürchten ist. Aus allen Teilen der Provinz und Anhalts, namentlich aus der Nähe der größeren Städte, werden die Klagen laut, daß Feldgraue (also Noskes Ordnungshelden) u. a. m. an den Flüssen diese Aasfischerei ausüben. Die Uebeltäter kümmert es nicht, daß, wenn sie ein Gericht Fische fangen wollen, sie zugleich alles Fischleben, die gesamte junge Brut in weitem Umkreise, mit zerstören. Um einen Fisch zu fangen, werden oft Tausende vernichtet. Und dann schreit alles, daß es keine Fische gibt. Die Fischereiaufsicht und die Berufsfischer stehen dieser gemeingefährlichen Aasfischerei ohnmächtig gegenüber — sie werden, unbewaffnet, wie sie bisher sind, von diesen Rotten verhöhnt und mit Totschlag bedroht. Die Mitwirkung des Publikums ist zur Ermittlung der Täter nicht zu entbehren. Der Fischereiverein setzt hiermit namhafte Prämien für erfolgreiche Anzeigen aus.

* **360 Prozent Einkommensteuer.** Nach schweren Kämpfen, die aus dem Festhalten der Sozialdemokraten an der einmal beschlossenen Steuersumme sich ergaben, nahmen die Stadtverordneten von Magdeburg am Donnerstag in bereits nächtlicher Stunde gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen die Steuersätze an. Es werden erhoben: 360 Prozent der Einkommensteuer gegen 200 Proz. im Vorjahre, 250 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer (200 Prozent im Vorjahre), 100 Prozent Zuschlag zur staatlich veranlagten Betriebssteuer, 4,86 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke (3,24 im Vorjahre), 6,54 vom Tausend des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke. Dazu sollen kommen: erhöhte Wertzuwachssteuer, erhöhte Umsatzsteuer, neue Biersteuer und vielleicht eine revidierte Lustbarkeitssteuer. Die vereinigten bürgerlichen Parteien stimmten aus egoistischen Geldsackinteressen gegen den gesamten Etat.

* **Die Aufstellung des Vermögensverzeichnisses.** Gegenüber Zweifeln, welche untere Vermögensgrenze für die Verpflichtung zur Aufstellung der vorgeschriebenen Vermögensverzeichnisse maßgebend sein soll, hat sich der Reichsminister der Finanzen dahin ausgesprochen, daß zwar grundsätzlich jede Person, die Vermögen im Sinne des Besitzsteuergesetzes besitzt, ohne Rücksicht auf dessen Höhe verpflichtet ist, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, daß es aber unbedenklich erscheint, bei Vermögen bis zu 10 000 Mk. auf die Ausfüllung der Vermögensverzeichnisse zu verzichten.

* **Der Hallische Lehrerverein** hält am Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, eine Sitzung in der Aula des Lyzeums mit folgender Tagesordnung ab: 1. Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen; 2. Vortrag: Die religiöse Lage der Gegenwart (Herr Lic. Bauke); 3. Mitteilungen; 4. Antrag Vogelpohl, betreffend Berichterstattung.

* **Versammlung der Ackerpächter.** Der Bund ersucht sämtliche Ackerpächter der Böllberger Flur zu der am Mittwoch, den 28. ds. Mts., abends ½8 Uhr im Schweizerhaus, Wörmlitzerstraße stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

* **Schwurgericht.** Am 24. Mai hatte sich der Arbeiter Hermann v. d. Weth und dessen Stiefsohn Paul Beyer, Bureaugehilfe, beide aus Halle, wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten. W. ist ein Gewohnheitsverbrecher, 25mal vorbestraft. Die Sorge für seine Familie überließ er seiner Frau, sein Stiefsohn war bisher ein ordentlicher, arbeitsamer Mensch. W. hat am Abend des 3. März geplündert, er hat als Erster das Gitter des Uhrmachers Brömme erbrochen und dort verschiedene Uhren usw mitgehen heißen, ferner wurden Sachen bei ihm beschlagnahmt, die aus Davids Fabrik, Pottel u. Broskowskis und Brackebusch' Geschäft herrührten. Seinen Stiefsohn scheint er verführt zu haben. Die Geschworenen bejahten bei beiden die Schuldfragen nach schwerem Landfriedensbruch. Das Urteil lautete bei W. auf fünf Jahre Zuchthaus, bei Beyer waren „mildernde Umstände" zugebilligt, trotzdem erhielt er die enorme Strafe von zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis zudiktiert. In der Urteilsbegründung prangte der sonderbare Satz „Er habe offensichtlich Reue gezeigt, trotzdem hätte auf eine hohe Strafe erkannt werden müssen. Er möge die Reue weiter durch gute Führung im Gefängnis bezeigen, vielleicht wird ihm dann ein Teil seiner Strafe erlassen." Weiter wurde verhandelt gegen den Arbeiter Artur Wolf und dessen Ehefrau. W. hatte sich an der Plünderung bei Duben u. Herrmann beteiligt, kam nach Hause und ging dann mit seiner Frau zweimal nach dem Nußbaumschen Warenhaus. Auch von dort hat er sich Verschiendens geholt, den Schaden hat er aber ersetzt. Seine Frau ist nur mitgegangen. Das Urteil lautete gegen W. auf zwei Jahre neun Monate Gefängnis, gegen die Frau auf ein Jahr Gefängnis.

* **Das Tagebuch einer Verlorenen** ist nun auch gefilmt worden und kommt zurzeit im U. T.-Lichtspielhaus an der Alten Promenade zur Darstellung. Man muß sagen, daß die Wiedergabe eine sehr getreue ist, wenn man sich vielleicht auch nach dem Tagebuch die „Verlorenen" hervorstehender, „majestätischer" vorgestellt hat. Viele Feinheiten des Buches, wie z. B. die Schilderung von Szenen im Kaffee National in Berlin, konnten nicht auf die Leinwand gebracht werden. Auf den ernsten und denkenden Zuschauer wird die Lebensgeschichte der Verlorenen aber auch in der gekürzten Vorführung seine tiefe und erschütternde Wirkung nicht verfehlen.

* **Festgenommene Hühnerdiebe.** In vergangener Nacht wurde in einem Hühnerstall im Neuwerk eingebrochen und sechs Hühner an Ort und Stelle abgeschlachtet und gestohlen. Die Täter sind festgenommen.

* **Sturz aus dem Fenster.** Sonntag früh gegen 5¾ Uhr stürzte sich ein 32 Jahre alter Buchhalter aus dem Fenster des 3. Stockwerkes seiner in der Charlottenstraße belegenen Wohnung in den Hof hinab, wobei er derartige schwere Verletzungen davontrug, daß sich seine Aufnahme in die Klinik erforderlich machte.

* **Beschlagnahmte Schleichhandelsware.** Sonnabend mittag wurde auf dem Marktplatz ein Wagen mit Schleichhandelsware angehalten, von dessen Inhalt folgende Lebensmittel beschlagnahmt wurden: 750 Pfund Kartoffeln, 52 Pfund Rindfleisch, 1200 Pfund Roggen, 2¼ Pfund Butter und 22 Pfund Talg. Am Sonntagabend wurde in der Trothaer Straße ein Geschirr angehalten, auf dem sich 2 Sack Mehl und ½ Sack Kleie befanden. Da die Ware verbotswidrig hier eingeführt werden sollte, wurde dieselbe beschlagnahmt.

Konferenz der sozialdemokratischen Kreisvertreter des Saalkreises.

Am Sonntag fand im Volkspark zu Halle eine Konferenz der 24 sozialdemokratischen Kreisvertreter für den Saalkreis statt. In einer kurzen Begrüßungsansprache wies Genosse Jänicke darauf hin, daß es noch Neuland sei, das die Gewählten zu bearbeiten hätten. Das mit allen Finessen ausgestattete, bisher maßgebend gewesene Dreiklassenwahlsystem sei zu den Kreistagswahlen noch mit einem besonderen Stacheldrahtzaun von Vorrechten und Begünstigungen für die Großagrarier ausgestattet gewesen. Die Wahl eines Arbeiters als Kreistagsmitglied sei deshalb bisher auch ein Unding gewesen. Um so mehr müßte es begrüßt werden, daß der neugewählte Kreistag zu Zweidrittel aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehe. Es sei dadurch die Bahn freigemacht im Sinne des Sozialismus zu wirken. Und dem Willen der Wähler Rechnung zu tragen, müsse höchste Aufgabe der Gewählten sein.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Besprechung der aufgestellten Tagesordnung des am 2. Juni zusammentretenden Kreistages und die total veraltete Geschäftsordnung desselben ein. Der Kreistag hat aus der Mitte der Kreisangehörigen mindestens ein Dutzend Kommissionen zu wählen. Von diesen zum Teil sehr wichtigen Kommissionen will der Vorsitzende, Landrat v. Krosigk, sage und schreibe — eine ganze wählen lassen. Alles andere soll so wie bisher weitergehen. Alte Reaktionäre, wie Bülow und Konsorten, die bei der Kreistagswahl — obwohl sie auf ihrer Liste an erster Stelle standen — glatt hinten runterfielen, sollen weiter in einflußreichen Aemtern bleiben. Sie sollen weiter fungieren als Mitglieder der so wichtigen Steuereinschätzungs-Kommission, des Provinzial-Landtages und dergleichen mehr. Aeußerlich hat man dem Zwange — nicht dem eigenen Triebe folgend — die Form ändern müssen; innerlich dagegen soll aller Demokratie zum Hohn der stockkonservative Absolutismus weiterbestehen. Und auf was stützt sich der Landrat bei dieser Maßnahme? Ein Horcher vom Verband Preußischer Landkreise hat den Minister des Innern ausgefragt, und er soll ihm gesagt haben, daß „in den für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung auf Grund besonderer Gesetze gebildeten Kommissionen nur diejenigen Mitglieder neu zu wählen sind, die bestimmungsgemäß vom Kreistag aus seiner Mitte in diese Kommissionen zu wählen waren. Da dies bei den meisten der vorhandenen Kommissionen gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, würde auch eine Neuwahl der vom Kreistage gewählten Mitglieder derselben nicht stattzufinden haben." Gleichzeitig wird jedoch in diesem privaten Schriftstück bemerkt, daß dieser Bescheid weder durch die Amtsblätter publiziert noch auf dem Dienstwege bekanntgegeben wird. Demgegenüber steht jedoch der Erlaß des Ministers, auf den sich der Horcher berufen hat. Unterm 19. Februar heißt es über die Neuwahlen zu den Kreistagen u. a.: „Die neugewählten Kreistage sind innerhalb 30 Tagen nach der Neuwahl zu versammeln und haben dabei die Kreisausschüsse und die Kreiskommissionen neu zu wählen." Und die Kreisordnung besagt wörtlich: „Im Falle der Auflösung eines Kreistages bleiben die von demselben gewählten Mitglieder des Kreisausschusses und der Kreiskommissionen so lange in Wirksamkeit, bis der neugebildete Kreistag die erforderlichen Neuwahlen vollzogen hat." Also nirgends ein Wort „vom Kreistag aus seiner Mitte" und wie die Windungen alle heißen mögen. Obwohl also die Voraussetzung zur Neuwahl der Kommissionen ohne weiteres gegeben ist, der Versuch, dem neugewählten, auf dem Willen der Masse aufgebauten Kreistage zum großen Teil seine Rechte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0007

zu beschneiden. Daß es das nicht geben kann und darf, leuchtete jedem Anwesenden klar ein. Aus der Diskussion ging auch klar und bestimmt hervor, daß die Gemählten nicht als Strohmänner angesehen sein wollen, sondern für die volle Anerkennung der ihnen zustehenden Rechte einzutreten gewillt sind. — In anderen Kreisen werden die Verhältnisse ähnlich liegen, auch da dürfte es zweckmäßig sein, nach dieser Richtung hin zu wirken.

Ammendorf. Die Diebsbande, die bis August vorigen Jahres die Orte Ammendorf, Radewell und Beesen unsicher machte, hatte sich am Sonnabend vor dem Strafrichter in Halle zu verantworten. Wegen schweren Diebstahls in vielen Fällen waren angeklagt: Paul Böttcher aus Ammendorf, Franz Peter aus Radewell, Otto Peter aus Radewell, Paul Barke aus Beesen, ferner die Frauen Anna Brückner und Marie Göpmel, beide aus Ammendorf, wegen Hehlerei. Die vier Hauptangeklagten haben Hühner, Enten, Gänse, Kaninchen, Schweine, Treibriemen und aus dem Konsumverein Ammendorf eine erhebliche Menge verschiedener Waren gestohlen. Lange Zeit trieben sie ihr nächtliches Unwesen, bis sie im August 1918 endlich das Schicksal ereilte. Das Urteil lautete: Böttcher 2 Jahre Gefängnis, Franz Peter 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, Otto Peter 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, Paul Barke 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Die wegen Hehlerei angeklagten Frauen erhielten je 2 Monate Gefängnis.

Wörmlitz. Aufgefundene Leiche. Am Sonnabend mittag wurde hier die Leiche eines neugeborenen Kindes aus der Saale gefischt. Die kleine Leiche war vollständig unbekleidet und trug am Kopfe und am Rücken Spuren von Verletzungen.

Beesenlaublingen. Landarbeiter und -arbeiterinnen. Wir weisen nochmals auf die morgen, Dienstag, im Gasthof zur Linde stattfindende Landarbeiter-Versammlung hin. Es soll über die Lohnabmachung des Saalkreises berichtet werden.

Allerlei.

Furchtbarer Vulkanausbruch.

16 000 Menschen tot oder vermißt. — Ganze Dörfer vom Erdboden verschunden.

Haag, 24. Mai. Wie das Niederländische Korrespondenz-Bureau amtlich aus Holländisch-Indien meldet, hat am 20. Mai ein Ausbruch des Vulkans Kloet im Bezirk Srengat stattgefunden. 20 Dörfer sind vollständig, 6 Dörfer zum Teil vom Erdboden verschwunden. Im Bezirk Utar sind 11 Dörfer teilweise zerstört. Die Zahl der Toten und Vermißten wird auf 16000 geschätzt; zahlreiche Personen sind geflüchtet. In Utar sind bisher 157 Leichen gefunden worden.

Sie schwimmen in Lebensmitteln!

Für unsere Agrarier war der Krieg ein glänzendes Geschäft. Sie haben ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Wucherpreisen abgesetzt. Das Gefühl des Hungers, dem die Bevölkerung in den Großstädten zahlreich zum Opfer fiel, haben sie nie kennengelernt. Mangel an Lebensmitteln besteht bei ihnen nicht. Gehen sie von ihrem Ueberfluß ja etwas ab, so lassen sie sich dafür im Schleichhandel Preise bezahlen, die nur für bemittelte oder ganz reiche Leute erschwinglich sind. Wer sie nicht zahlen kann, der mag hungern oder verhungern. Die Empfindung dieser agrarischen Nimmersatte für die Leiden der hungernden Volksgenossen sind vollständig abgestumpft. Dafür aber ist ihre erbärmliche Raffe- und Selbstsucht um so vollkommener entwickelt.

Ein ganz besonderes Prachtexemplar dieser edlen Menschengattung scheint der Gemeindevorstand Franz Prager in Kleinwolschendorf im Thüringen zu sein. Als eine von der reußischen Regierung beauftragte Kommission bei ihm nach Lebensmitteln haussuchte, hatte er vorher seine umfangreichen Vorräte sorgfältig versteckt. Wie die Durchsuchung vor sich ging und was alles gefunden wurde, darüber berichtet ein Beauftragter sehr anschaulich in der Reußischen Tribüne. Er schreibt unter anderem:

„Durch das Nebenzimmer gehend, sahen wir die Großmutter im Bett liegen, und zwar mußte sie wohl vom Schüttelfrost geplagt sein, denn ihr Anzug hätte einem Nordpolfahrer alle Ehre gemacht. Gerade dadurch kamen wir zu dem Verdacht, daß sie auf künstlichem Wege ihrem Körper Fett zuführen wollte, da ja Fett zur Aufwärmung des Blutes sehr viel beträgt. Unserer freundlichen Aufforderung, aufzustehen, kam die Großmutter nicht nach, weshalb wir etwas nachhalfen durch Lüften der Decken. Wir betrachteten es als Menschenquälerei, daß Herr Prager seine Mutter zum Ausbrüten von Wurstmaren usw. benützte. Deshalb erlösten wir die Aermste von ihren Qualen, indem wir die Brutobjekte, bestehend aus den feinsten Brat- und Magenwürsten, Schinken usw., unter ihrem Unterbett hervorholten. Gott sei Dank, saß diese Henne noch nicht lange und die neuen Eier waren noch frisch. In dem nächsten umgemachten Bett — es war inzwischen Abend geworden — fanden wir dann eine große Masse Papiergeld in Bündeln. Einige Schrankfächer waren gestrichen voll Gold- (!!) und Silbergeld, alles in einer solchen Menge, daß uns nicht die Zeit übrigblieb, alles nachzuzählen. An Getreide wurden bei Herrn Prager beschlagnahmt: 5 Sack Saatgerste, 7 Zentner Hafer, 7 Zentner Mehl, außerdem das nötige Getreide für die nächste Mahlperiode. Auch einen Zuckerhut und noch klaren Zucker in großen Töpfen fanden wir. . . . Faßt man ein Urteil über die Zustände im allgemeinen dort in Kleinwolschendorf, so muß man sagen, daß die Landwirte gar nichts entbehren und ihnen ihre Lebensbedürfnisse in Qualität wie vor dem Kriege zur Verfügung stehen. Derartigen Selbstversorgern ist nur ganz schwer beizukommen. Sie haben von den Leiden der Stadtbevölkerung gar keinen Begriff, steht ihnen doch an und für sich schon außer den Zwischenschlachtungen von Jagdtieren, Ziegen, Kaninchen und Geflügel pro Kopf und Woche 1 Pfund Fleischwaren zu.

Die Oeffentlichkeit dürfte nun auch interessieren, was so insgesamt in Kleinwolschendorf beschlagnahmt worden ist, und zwar: 3985 Pfund Roggen, 585 Pfund Weizen, 455 Pfund Gerste, 40 Pfund Hafer, 74 Pfund Zucker, 318 Pfund geräuchertes Fleisch, 363 Pfund Pökelfleisch, 104 Pfund Wurst, 19 Zentner 7 Pfund Mehl, 5 Pfund Butter, 3 Stück Kuchen (Stollen), 1 Stück Aschkuchen, 4 Stück Pfannkuchen, 5 Stück breite Kuchen, 10 Pfund Seife, 24 Pfund Brot, obwohl allen das ihnen gesetzlich Zustehende sehr reichlich belassen wurde. . . . Bei der am folgenden Tage in Pahren stattgefundenen Revision fand man diese Sachen schon besser versteckt vor, sogar beim Pfarrer drei Säcke allein im Bett des Dienstmädchens. . . ."

Verantwortlich für Politik und Vorkommnachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kuppeck; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Kaiserliche Gewerkschaftsdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Volksblattleser!

Wer den Bezugspreis ohne Aushändigung **der vom Verlag ausgegebenen Quittung zahlt, tut es auf die Gefahr hin, daß der Verlag den Betrag nicht erhält und er diesen noch einmal zahlen muß.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

50 Gramm Butter.

In der Woche vom 26. Mai bis 1. Juni 1919 werden auf den Abschnitt 22 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von 46 Pfg. abgegeben. Der Verkauf erfolgt am Freitag, den 30., und Sonnabend, den 31. Mai 1919. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 2. Juni 1919, abzuliefern. Die Kleinhändler werden angewiesen, die Restbestände an Margarine schnellstens an den Großhändler zurückzugeben.

Halle, den 27. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Dienstag, den 27. Mai, auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Rinde, Goethestr. 13, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstr. 11; an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr.

Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 30. Mai abzuliefern.

Halle, den 26. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Dienstag, den 27. Mai 1919.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 18001—19500 nur nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfg. abgegeben werden.

Halle, den 26. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von **Suppenmehl** beginnt am Dienstag, den 27. Mai. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für lose Suppen 95 Pfennige für das Pfund. Bei Suppen in ¼-Pfund-Paketen ist der Preis auf der Packung ersichtlich. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Suppenmehl einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 322 des Warenbezugsscheines 22.

Halle, den 26. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Heringen

in der Talamtschule, am Dienstag, den 27. Mai 1919.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69000 bis zurück 65501, vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 65500 bis zurück 63501 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Hering zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. Papier oder Taschen sind mitzubringen.

Halle, den 26. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Seefischverkauf.

Der Verkauf findet am Dienstag, den 27. Mai, vormittags in den einschlägigen bekannten Geschäften markenfrei statt. Es kann jedes Quantum abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Infolge der großen Zufuhren ist ein Anstellen vor den Geschäften unnötig.

Halle, den 26. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Flieder in den städtischen Anlagen.

Jetzt beginnen die Tage, wo unsere städtischen Anlagen im Fliederschmuck glänzen. Wegen der Kälte ist der Flieder noch nicht ganz aufgeschlossen, aber schon wird er abgerissen. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Flieder am Busch selbst für jeden Vorübergehenden ein herrlicher Anblick ist; wird er abgebrochen, so welkt er bald dahin. Gerade Halle erfreut sich einer besonderen Fliederpracht. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, diesen übernommenen Schmuck immer weiter auszubauen. Die Polizeiverwaltung wie auch die Anlagenaufseher haben ein scharfes Auge auf solche, die die städtischen Gartenanlagen ihres Schmuckes berauben, aber sie können nicht überall sein, der Flieder kann nur erhalten werden bei Mitwirkung des Publikums. Es gilt hier der altbewährte Satz: „Die Anlagen sind dem Schutze des Publikums empfohlen". Kinder, welche mit Fliedersträußen herumlaufen und diese verkaufen wollen, sollten vom Publikum verwiesen werden, denn häufig stammt der Strauß aus den öffentlichen Anlagen. Auch die Schulen könnten heilsam einwirken.

Halle, den 20. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Eilenburg.

Die Wohnungsnot erfordert dringend die Vermehrung von Wohngelegenheiten auch in unserer Stadt. Die geplanten Neubauten, soweit deren Ausführung unter den gegebenen Zeitverhältnissen überhaupt in absehbarer Zeit möglich ist, könnten nur einen geringen Teil des Wohnungsbedarfs decken. Es ergibt sich somit die dringende Notwendigkeit, — abgesehen von anderen noch zu ergreifenden, in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen — **sämtliche leer stehenden Räume** (wie Dachgeschosse, unbenutzte Fabrik- und Geschäftsräume u. dergl., wobei bemerkt wird, daß als **leer** auch solche Räume zu gelten haben, die lediglich der Aufbewahrung von Sachen dienen) gleichviel, ob sie bereits Wohnzwecken gedient haben oder nicht, zwecks Schaffung von neuen Wohngelegenheiten — event. durch Zusammenlegung oder Umbau — zu erfassen.

Es ergeht hiermit an **sämtliche Eigentümer, Nießbraucher, öffentlich bestellte Verwalter** eines Gebäudes oder deren Vertreter, die dringende Aufforderung, derartige Räume — zu vergl. § 3 der städtischen Verordnung gegen den Wohnungsmangel vom 22. November 1918 in Verbindung mit der Bundesrats-Bekanntmachung vom 23. November 1918 — **bis 31. Mai** im Zimmer 4 des Rathauses (Wohnungsnachweis) **anzumelden. Unterlassungen** werden gemäß Polizeiverordn. vom 11. Oktober 1918 bzw. 15. November 1918 **unnachsichtlich bestraft.** Der in städtischen Diensten stehende Bauführer Schmidt ist vom Magistrat ermächtigt, bei den Grundstückseigentümern usw. sich die erforderliche Auskunft zu holen und die entsprechenden Räume zwecks Vorprüfung zeigen zu lassen. Die endgültige Prüfung bzw. Entscheidung bleibt einer besonderen Wohnungsprüfungskommission vorbehalten.

Es sei nochmals ausdrücklich an die Verordnung betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 22. November 1918, insbesondere **den § 3 dieser Verordnung** hierdurch erinnert.

Der § 3 lautet: *879

„Der Magistrat ordnet hiermit an, daß der Verfügungsberechtigte

a) unverzüglich Anzeige zu erstatten hat, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume **unbenutzt** sind,
b) seinem Beauftragten über die unbenutzten Wohnungen und Räume jeder über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu erstatten hat.

Als **unbenutzt** gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie **völlig leer** stehen oder **nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen**, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz **dauernd** oder zeitweilig in das feindliche Ausland verlegt hat."

Eilenburg, den 22. Mai 1919. **Der Magistrat.**

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

jede Nummer 20 Pfg. wöchentlich,

bringt in der Ausführung, ähnlich wie die Berliner Illustrierte Zeitung, die wichtigsten Vorkommnisse des Tages in Wort und Bild.

Bestellungen nehmen alle Austräger :: des „Volksblattes" entgegen. ::

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Bücher-Anzeigen.

Das Geheimleben des Berliner Hofes.

Das Privatleben Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin. Aus dem Englischen übersetzt von Esther Booth. Aus den Papieren und Aufzeichnungen einer Hofdame der Kaiserin. Preis 5 Mk. zuzüglich 15 Pfg. Porto, Nachn. 15 Pf. mehr.

Friedrich Lindner, Leipzig-R. 7.

Inhaber Eugen Kaske. *426

Tel. 33149. Postscheckkonto Leipzig 50573.

Freier Fischverkauf.

Meiner werten Kundschaft, sowie einem geehrten Publikum zur Nachricht, dass

Seefische frei verkauft

werden und **jedes Quantum** abgegeben wird.

Dienstags, Donnerstags u. Sonnabends am Wochenmarkt.

Bestellungen nach auswärts werden wie in früherer Weise prompt ausgeführt und bitte ich um Aufträge. *903

Friedrich Krahmer.

Fischerplan 3. Fernsprecher 6205.

Anklage der Gepeinigten.

Geschichte eines Feldlazaretts.

Aus den Tagebüchern eines Sanitäts-Feldwebels (1914—1918).

Preis 80 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger des Volksblattes und durch die

Volks-Buchhandlung, Halle,

Harz 42/44.

Fahrradreifen

kaufen Sie billig bei

E. Geitz, Berlin W. 35.

Verlangen Sie gratis Prospekt Nr. 548. *897

1330/ **Kaffeemühlen** werden geschärft u. repariert **Kellnerstr. 6 I,** am Hallmarkt.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Metallschleifer

bei hohem Lohn sofort gesucht. 1339

Gebr. Plato, Gr. Brauhausstr. 29.

Maurer

werden eingestellt.

Leunawerk, Kolonie Rössen.

*904 Zu melden

im Baubureau: Kleinwohnungsbau G. m. b. H. Bamberg.

Zum **1. eventl. 15. Juni** gut empfohlenes

Mädchen,

im Kochen und in Hausarbeit erfahren, bei hohem Lohn gesucht. Stubenmädchen vorhanden.

1237 **Kaiserplatz 12 I.**

Schreckschuß-Apparate,

sicherster Schutz geg. Diebstahl.

Otto Spormann, neben Walhalla. *895

Grundstück

mit Restaurant, Obst- u. Gemüsegarten in **Teutschenthal** verkauft *901

Gustav Vogel,

Löbnitz bei Teichs.

Kleine Schweine

hat abzugeben *899

Karl Gielune, Bennstedt, Kaiserstraße 7.

Mittleres Grundstück,

wo sof. 3 Zimmer-Wohnung zu beziehen ist, mit geteilten Etagen zu verkaufen. 1345

Offerten unter **V. H. 354** an die Expedition dieses Bl.

Schmiedelehrling

bei guter Kost und fr. Wäsche sofort aufs Land gesucht. Meldungen bei 1327

H. Koch, Schmiedemeister,

Halle, Dieskauerstr. 11.

Suche für meine landwirtschaftliche Maschinen-Reparaturwerkstatt einen tüchtigen *900

Werkstatt-Vorarbeiter

W. Hellwig,

Schweinitz (Elster).

Wohnungs-Anzeigen.

Junges Ehepaar sucht für 1. Juni

2 möbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung, nicht allzuweit vom Gewerkschaftshaus. Offerten an **Frau Schmidt, Mühlenstr. 7,** Hinterhaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190526-12/fragment/page=0008